

ZUKUNFTSFORUM
POL



89 | 2008

Jürgen Matthes |

Christina Langhorst | Bodo Herzog

Deutschland in der Globalisierung

AUSWIRKUNGEN UND HANDLUNGS-
ANSÄTZE FÜR EINE
BESSERE BALANCE ZWISCHEN
GEWINNERN UND VERLIERERN



ISBN 978-3-940955-17-3



www.kas.de



Konrad
Adenauer
Stiftung

INHALT

5 | ZUSAMMENFASSUNG

9 | 1. EINLEITUNG

11 | 2. GLOBALISIERUNG: BESTANDSAUFNAHME AUS DEUTSCHER SICHT

- 2.1 Begriff und Indikatoren 11
- 2.2 Globalisierung im Zeitverlauf..... 14

19 | 3. CHANCEN UND VORTEILE DER GLOBALISIERUNG FÜR DEUTSCHLAND

- 3.1 Verbraucher profitieren – steigende Kaufkraft und
Produktvielfalt..... 19
- 3.2 Arbeitsplätze und Wohlstand durch Exportstärke..... 23
- 3.3 Wohlstandsfördernde Direktinvestitionen aus dem
Ausland..... 26

28 | 4. RISIKEN DER GLOBALISIERUNG IN DER DISKUSSION

- 4.1 Vernichtet die Globalisierung Arbeitsplätze in
Deutschland? 29
- 4.2 Ist die Globalisierung Verursacher der steigenden
Einkommensungleichheit?..... 31
- 4.3 Sind gering qualifizierte Arbeitnehmer die Verlierer
der Globalisierung?..... 33
- 4.4 Bedroht der Aufstieg der Schwellenländer unseren
Wohlstand?..... 35
- 4.5 Führt die Globalisierung zur Handlungsohnmacht
der Nationalstaaten?..... 36

41 | 5. WARUM NEHMEN WIR DIE VORTEILE DER GLOBALISIERUNG SO WENIG WAHR?

43 | 6. SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK – EIN REFORM-DREIKLANG FÜR MEHR GERECHTIGKEIT UND EINE GLOBALISIERUNGSFESTE BESCHÄFTIGUNGS- POLITIK

49 | 7. FAZIT

56 | DIE AUTOREN

56 | ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2008, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.

Satz: workstation gmbh, produktionsservice für analoge & digitale medien, Bonn.

Druck: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-940955-17-3

ZUSAMMENFASSUNG

Beinahe die Hälfte der Deutschen sehen in der Globalisierung für sich persönlich mehr Risiken als Chancen – und das, obwohl wir der internationalen Arbeitsteilung und der Integration in den Weltmarkt einen großen Teil unseres Wohlstands zu verdanken haben. Das vorliegende Diskussionspapier wirft einen Blick auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der Globalisierung und leitet daraus Handlungsbedarf und Gestaltungsmöglichkeiten für die Wirtschaftspolitik ab. Es ist Teil, und gleichzeitig Startschuss, einer Reihe von Publikationen, mittels derer die Konrad-Adenauer-Stiftung auf mehr Ausgewogenheit in der Globalisierungsdebatte zielt.

Die zentralen Aussagen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Vorteile der Globalisierung gehen in der öffentlichen Debatte häufig unter. So profitieren Konsumenten vor allem durch die Produktvielfalt und den Kaufkraftgewinn, den günstigere Importe aus Niedriglohnländern ermöglichen.
- Auch die Arbeitsplatzbilanz ist besser als häufig vermutet. Der große deutsche Exporterfolg und die Investitionen ausländischer Firmen haben seit Mitte der 1990er Jahre schätzungsweise knapp vier Millionen Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert.
- Der durch die Globalisierung beschleunigte Innovationsprozess geht jedoch auf Kosten der einfachen Jobs. Als hochtechnologisches Land liegen Deutschlands Trümpfe im Bereich der wissensintensiven und innovativen Produkte. Einfache industrielle Tätigkeiten werden dagegen zunehmend durch Maschinen sowie Arbeitskräfte aus Niedriglohnländern ersetzt. Die Niedriglohnkonkurrenz hat darüber hinaus zum Auseinanderdriften der Lohneinkommen vor allem am unteren Ende beigetragen.

- Die hohe Arbeitslosigkeit und die schlechte Einkommensentwicklung von Arbeitnehmern mit geringer Qualifikation sind aber nur zum Teil mit dem Wettbewerb aus Niedriglohnländern zu erklären, wie der Blick auf andere Industrieländer zeigt. Beides ist auch die Folge einer lang anhaltenden Wachstumsschwäche ab Mitte der 1990er Jahre. Es galt beispielsweise die schwierige Aufgabe der deutschen Wiedervereinigung wirtschaftlich zu meistern. Zudem haben verschleppte Reformen dazu geführt, dass der deutsche Arbeitsmarkt den Arbeitslosen lange Zeit zu wenig neue Beschäftigungsmöglichkeiten geboten hat.
- Die Aufgabe des sozialen Ausgleichs wird der Staat auch in der globalisierten Welt wahrnehmen können. Zur befürchteten Erosion der sozialen Umverteilung oder der Steuereinnahmen (*race to the bottom*) ist es trotz der verstärkten Standortkonkurrenz bislang nicht gekommen.
- Die Reformen der letzten Jahre haben zahlreiche neue Jobs entstehen lassen – gerade auch für die gering Qualifizierten im Niedriglohnbereich. Die gestiegene Lohnungleichheit hat ihre positive Seite im deutlichen Beschäftigungsanstieg in diesem Bereich. Diese Erfolge gilt es nun auszubauen. Weitere Beschäftigungspotenziale für gering Qualifizierte bestehen vor allem bei personen- und ortsgebundenen Dienstleistungen, die vor Niedriglohnkonkurrenz und Rationalisierungsdruck weitgehend geschützt sind.

Es kommt nun darauf an, den begonnenen Reformkurs fortzusetzen und die Globalisierung aktiv zu gestalten. Mehr soziale Gerechtigkeit lässt sich – das ist die Kernbotschaft dieses Beitrages – mit einer zukunftsgerichteten Politik verbinden. Es geht dabei um mehr Bildung, mehr Beschäftigung – gerade für gering Qualifizierte – und um weniger Belastung durch Abgaben. Die folgenden Handlungsansätze fassen dies zusammen:

- Eine bessere Bildungsförderung ist geboten, um mehr Menschen in Arbeit zu bringen und diese stärker an den Früchten der Globalisierung zu beteiligen. Es gilt einerseits, dem zunehmenden Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften zu begegnen und andererseits den Fokus vor allem auf Menschen mit geringer Qualifizierung zu richten, um sie fit für den globalen Wettbewerb zu machen. Neben der stärkeren Förderung der frühkindlichen Bildung sollte der Anteil der Schulabbrecher systematisch reduziert und Investitionen in Bildung durch sogenanntes Bildungssparen gefördert werden.

- Damit auch die Menschen mit geringer Qualifikation in Zeiten der Globalisierung ein Auskommen erhalten, muss zu aller erst durch die Wirtschaft – und als letzte Instanz durch staatliche Lohnzuschüsse – ein Mindesteinkommen sichergestellt werden. Kombilohnmodelle garantieren dies und bieten darüber hinaus Anreize zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, auch im Niedriglohnsektor.
- Eine Abgabentlastung der unteren und mittleren Einkommen ist ein weiterer Schritt, für mehr Arbeit und eine bessere soziale Balance. Die Reduzierung der Sozialabgaben erhöht die Nettoeinkommen und bietet den Arbeitgebern mehr Anreize, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Natürlich unterliegen alle diese Maßnahmen dem Finanzierungsvorbehalt und müssen im Spannungsfeld zur notwendigen Haushaltskonsolidierung betrachtet werden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen dürften jedoch mittelfristig keine beträchtlichen Mehrbelastungen für die öffentlichen Haushalte darstellen, weil sie zu mehr Beschäftigung und Wachstum beitragen.

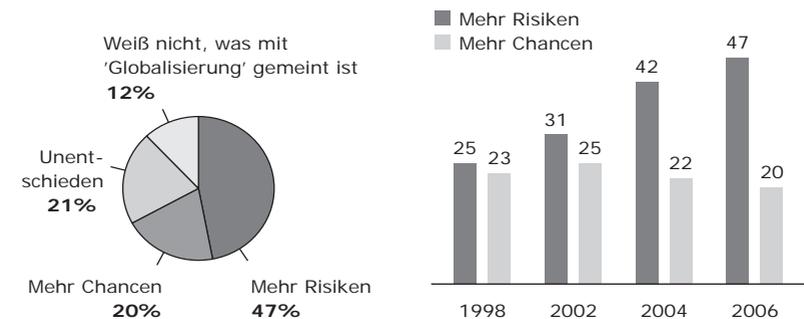
Insgesamt liefert dieses Diskussionspapier eine für die politische Praxis hilfreiche und ausgewogene Aufarbeitung der Vor- und Nachteile der Globalisierung. Nur wenn beides im Blickfeld bleibt – Chancen wie Risiken – ist es möglich, den Wunsch nach mehr Wohlstand und Gerechtigkeit mit Leben zu füllen.

1. EINLEITUNG

Die Globalisierung erfährt in der gesellschaftlichen Debatte seit einigen Jahren nicht die Anerkennung, die ihr aufgrund ihrer Bedeutung für mehr Wachstum und Wohlstand zusteht. In Deutschland haben sich in den vergangenen Jahren eine zunehmende Globalisierungsskepsis und eine große soziale Unzufriedenheit verbreitet. Eine Umfrage des Allensbach Institutes zeigt, dass sich der Anteil derjenigen, die mehr Risiken als Chancen in der Globalisierung sehen, im Zeitraum zwischen 1998 und 2006 beinahe verdoppelt hat (Abbildung 1).

Abbildung 1: Steigende Globalisierungsskepsis in Deutschland

Frage: „Wenn von Globalisierung die Rede ist, was überwiegt dann bei Ihnen: Sehen Sie da alles in allem mehr die Chancen oder mehr die Risiken?“
Angaben in Prozent



Umfrage 2006: bei 1269 zufällig ausgewählten Befragten ab 16 Jahren in Gesamtdeutschland vom 1. bis 13. Juni 2006
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach

Trotz des konjunkturellen Aufschwungs in den Jahren 2006 und 2007 hält nur noch ein knappes Sechstel der deutschen Bevölkerung die wirtschaftlichen Verhältnisse für gerecht – so wenig wie nie zuvor in einer ähnlichen Umfrage seit dem Jahr 1979.

Dazu passt, dass sich im Herbst 2007 nur 19 Prozent der befragten Deutschen als Gewinner der Globalisierung bezeichneten (BAT Stiftung für Zukunftsfragen 2007), das sind so wenige wie in keinem anderen europäischen Umfrageland.

In dieser Stimmungslage zur Globalisierung spiegeln sich aber auch die Erfahrungen der vergangenen Jahre wider: Zu Recht ist die Bevölkerung von der in Deutschland lange andauernden hohen Arbeitslosigkeit, sowie der stagnierenden Einkommensentwicklung, konsterniert. Auch das bislang vorbildliche Wertefundament der Sozialen Marktwirtschaft ist angekratzt. Sich häufende verwerfliche Vorfälle im Managementbereich großer Konzerne und medienwirksame Massenentlassungen haben dazu maßgeblich beigetragen. All dies wirkt ohne Zweifel negativ auf Unterstützung und Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber der aktuellen Politik und manifestiert sich auch im veränderten Parteienspektrum.

In dieses Stimmungsbild reiht sich ein diffuses und undifferenziertes Bild der Globalisierung ein. Vielfältige negative (wirtschaftliche) Entwicklungen werden in erster Linie der Globalisierung angelastet, ohne eine differenzierte Analyse der tatsächlichen Ursachen zu unternehmen. Eine sachliche und zielgerichtete Auseinandersetzung mit der Globalisierung ist dringend nötig, um berechnete von falschen Sorgen zu trennen. Eine faktenbasierte Analyse ist auch Voraussetzung dafür, die Globalisierung politisch so zu gestalten, dass wir ihre Risiken minimieren und möglichst viel aus ihren Chancen herausholen können.

Genau an diesem Punkt setzt das vorliegende Diskussionspapier an. Es liefert einen substantiellen Beitrag zur Klarstellung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Globalisierung auf Deutschland. Ausgehend von einer näheren Erläuterung des Begriffs „Globalisierung“ (Kapitel 2) werden Chancen und Vorteile aufgezeigt, die in der öffentlichen Debatte häufig nur wenig wahrgenommen werden (Kapitel 3). Daran schließt sich die Analyse und Diskussion einer Reihe von Sorgen und Ängsten an, die häufig mit der Globalisierung verbunden werden (Kapitel 4), gefolgt von einem kurzen Exkurs zur Wahrnehmung (Kapitel 5). Abschließend wird der wirtschaftspolitische Handlungsbedarf dargestellt (Kapitel 6).

2. GLOBALISIERUNG: BESTANDSAUFNAHME AUS DEUTSCHER SICHT

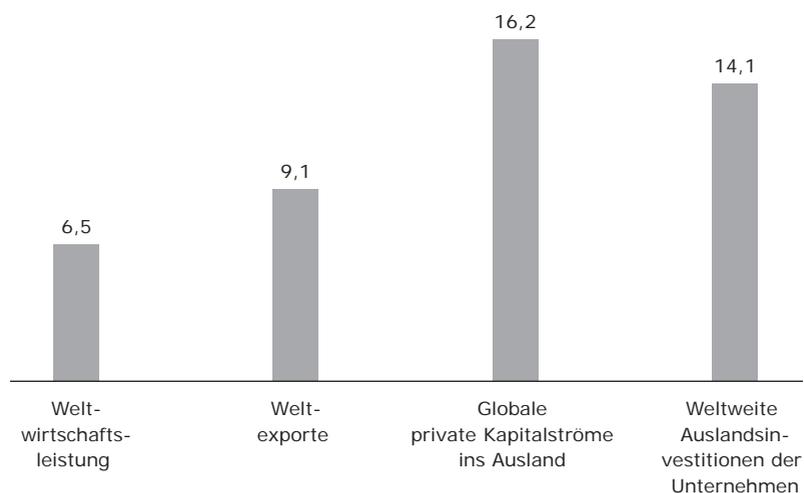
2.1 BEGRIFF UND INDIKATOREN

Die Globalisierung hat viele Facetten, darunter ökonomische, aber eben auch politische und soziale. Die politische Dimension beinhaltet die zunehmende Zusammenarbeit von Regierungen, z. B. in internationalen politischen Institutionen; die soziale bezieht sich auf die zunehmende Vernetzung von Gesellschaften über Ländergrenzen hinweg.

Im Mittelpunkt dieser Studie steht vor allem die wirtschaftliche Dimension. Wenn Ökonomen über Globalisierung sprechen, meinen Sie nichts anderes als den Prozess der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung der einzelnen Länder, motiviert durch die steigende internationale Arbeitsteilung und Spezialisierung. Sie kommt in der Intensivierung des internationalen Handels und Kapitalverkehrs zum Ausdruck, so etwa in der Steigerung der globalen Exporte, der Kapitalanlagen von Privatpersonen im Ausland, und in den grenzüberschreitenden Investitionen von Unternehmen (Abbildung 2).

Abbildung 2: Ökonomische Indikatoren der Globalisierung

Jahresdurchschnittliche Veränderung 1985-2006* in Prozent



* Globale private Kapitalströme: 1985-2005

Nominale Größen; Private Kapitalströme: Aktien, festverzinsliche Wertpapiere, Bankgeschäfte, Handelskredite; berechnet auf Basis eines Panels von Ländern, die in jedem Jahr Meldungen abgegeben haben; Weltexporte: Waren und Dienstleistungen; Weltwirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) auf Basis laufender Wechselkurse

Quellen: UNCTAD, IMF, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die wichtigsten Faktoren, die die ökonomische Globalisierung gefördert haben, sind der politisch gesteuerte Abbau von Handelsbarrieren (wie z.B. Zöllen) und der technologisch bedingte Fortschritt, der sich z.B. in der Senkung von Transport- und Kommunikationskosten manifestiert. Im Produktionsbereich ermöglicht es der technische Fortschritt ferner, Wertschöpfungsketten und Produktionsprozesse aufzuspalten und die verschiedenen Teile des Herstellungsprozesses an unterschiedlichen Standorten entsprechend der komparativen Vorteile fertigen zu lassen (siehe Kasten rechts). Gerade multinationale Unternehmen, aber auch der deutsche Mittelstand, nutzen diese Möglichkeit immer stärker und sichern damit ihre Existenz im internationalen Wettbewerb sowie ihr Geschäftsmodell im Heimatland. Die technischen Möglichkeiten und die damit einhergehende Spezialisierung haben sich demnach zu einer wichtigen Triebkraft der Globalisierung entwickelt. Ohne den technischen Fortschritt wären die positiven wie negativen Auswirkungen der Globalisierung nicht in dem Maße spürbar wie sie es heute sind.

THEORETISCHER EXKURS: DIE RATIO DES FREIHANDELS

Die Grundidee des Freihandels geht letztlich auf die Idee der Arbeitsteilung des schottischen Moralphilosophen Adam Smith zurück. Demnach schafft internationale Arbeitsteilung neuen Wohlstand weil die eingesetzten Produktionsfaktoren (wie z.B. Arbeitskraft und Maschinen) im Zuge der Spezialisierung auf bestimmte Produkte mehr Ertrag erbringen. Wenn jedes Land sich auf die Produktion derjenigen Güter spezialisiert, die es am günstigsten herstellen kann, lassen sich die Ressourcen wie Arbeit und Kapital produktiver nutzen – zum Vorteil aller beteiligten Nationen.

Der britische Ökonom David Ricardo hat die Idee von Smith später weiterentwickelt und gezeigt, dass selbst unproduktive Länder in der internationalen Arbeitsteilung ihren Platz finden können. Arbeitsteilung und Handel sind auch für ein Land vorteilhaft, das – absolut gesehen – alle Produkte günstiger herstellen könnte als andere Länder. Ausschlaggebend sind die relativen Kosten der produzierten Güter zueinander. Aufgrund unterschiedlicher Produktionskostenstrukturen (bedingt durch unterschiedliche klimatische oder technologische Ausstattungen) weisen einige Länder, bei der Produktion eines bestimmten Gutes weniger Opportunitätskosten* auf als andere. Die Spezialisierung eines jeden Landes auf diejenigen Güter, für die derartige relative Vorteile zutreffen, erlaubt – so die Theorie – eine Erhöhung des Wohlstands für alle Beteiligten.

Die Ökonomen Eli Heckscher und Bertil Ohlin machten in den 1930er Jahren deutlich, dass sich komparative Vorteile nicht nur aus unterschiedlichen Technologien oder klimatischen Faktoren ergeben können, sondern auch aus einer unterschiedlichen Ausstattung mit Arbeit und Kapital. Arbeit ist in Entwicklungsländern im Vergleich zu Kapital reichlich vorhanden und daher billig. Die Produktion von arbeitsintensiven Gütern, bei denen vergleichsweise viel Arbeit eingesetzt wird, ist dort günstiger als in den Industrieländern, die dagegen reichlich mit Kapital ausgestattet sind. Die Arbeitsteilung zwischen Entwicklungs- und Industrieländern bringt demnach Vorteile für beide Parteien.

Beim Handel zwischen Industrieländern erfolgt die Spezialisierung nur in geringerem Ausmaß nach Arbeit und Kapital und auch nicht schwerpunktmäßig zwischen Sektoren. Vielmehr werden vorwiegend Produkte aus demselben Sektor gleichzeitig importiert und exportiert, wie beispielsweise in der Automobilbranche. Neuere Ansätze der Handelstheorie nehmen daher zusätzliche Handelsvorteile, wie die größere Produktpalette oder die Größenvorteile im Produktionsprozess, in den Blick: Der Zugang zu größeren Absatzmärkten im Ausland eröffnet Unternehmen die Möglichkeit, größere Stückzahlen herzustellen. Das senkt die Kosten und erhöht die Produktivität.

Handelsbarrieren, wie z.B. Zölle, konterkarieren die Realisierung von Wohlstandsgewinnen. Protektionismus bringt zwar Zolleinnahmen und schützt die – oft nicht mehr wettbewerbsfähige – heimische Industrie, schädigt aber durch höhere Preise insbesondere die Konsumenten und das hiesige Wohlstandsniveau.

* Das heißt, sie müssen auf weniger produzierte Einheiten eines anderen Gutes verzichten als der Handelspartner. Opportunitätskosten drücken die entgangenen Erlöse aus, die entstehen wenn man sich für die eine und gegen die andere Handlungsmöglichkeit entscheidet.

2.2 GLOBALISIERUNG IM ZEITVERLAUF

Die Globalisierung hat in den letzten Jahren in vielerlei Hinsicht eine neue Dimension erreicht.

Mehr als jemals zuvor ist es heute problemlos möglich:

- in Echtzeit über die Finanzmärkte der Welt informiert zu sein und
- in Sekundenschnelle per Mausklick am anderen Ende der Welt Millionenbeträge zu investieren,
- ein weltweites Produktionsnetzwerk mit Zulieferbeziehungen zeitlich eng aufeinander abzustimmen oder
- neue Produkte in verschiedenen Zeitzonen rund um die Uhr entwickeln zu lassen.

Trotzdem ist die Globalisierung alles andere als neu. Wirtschaftliche Integration zwischen Ländern gab es – wenngleich nicht weltübergreifend – bereits bei den Phöniziern in der Antike, den alten Römern oder dem Fernhandel der Medici und Fugger im Mittelalter.

Zollsenkungen, mit dem Ziel, den wohlstandsmehrenden Freihandel stärker zur Geltung zu bringen, gingen im 19. Jahrhundert zunächst vom britischen Empire aus. Die Erfindung der Dampfmaschine, welche Eisenbahnverkehr und Dampfschiffahrt ermöglichte, setzte im gleichen Zeitraum einen Meilenstein für den Transport von Menschen und Waren. Telegrafie, Telefon und später das Internet, läuteten jeweils neue Zeitalter der Kommunikation ein: Distanz wurde immer nebensächlicher.

Diese Entwicklungen begünstigten die wirtschaftliche Verflechtung der Länder untereinander – und gerade auch zwischen Europa und Nordamerika wuchsen Handel, Kapitalverkehr und Migration stark an. Vor dem Ersten Weltkrieg war die Handelsverflechtung so hoch wie erst wieder in den 1970er Jahren. Denn durch den Krieg und die Rückkehr des Protektionismus im Zuge der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre erlitt die internationale Integration einen deutlichen Rückschlag. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg verständigten sich die Industrieländer darauf, ihre Handelsbarrieren nach und nach im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens GATT – auf das die Welthandelsorganisation (WTO) folgte – abzubauen. Das gab der Handelsintegration neuen Schub. Der Kapitalverkehr hingegen wurde wesentlich zögerlicher reformiert, da viele

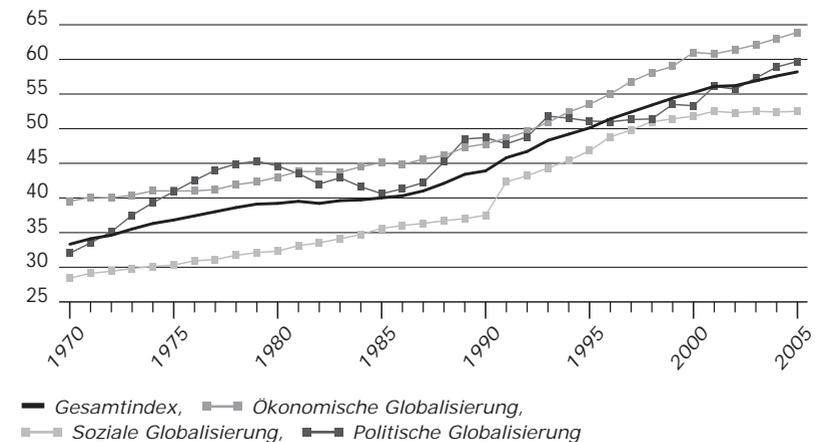
Länder zunächst den Zugang zum „sensibleren“ nationalen Finanzsystem ablehnten.

So richtig in Schwung kam die Globalisierung dann ab etwa Mitte der 1980er Jahre. Dass sich das Tempo der Globalisierung damals noch einmal beschleunigt hat, zeigt der Globalisierungs-Index aus ökonomischen, sozialen und politischen Indikatoren (Abbildung 3).

Abbildung 3:

Globalisierung: Temposteigerung seit Mitte der 1980er Jahre

Werteskala zwischen 0 und 100, höhere Werte bedeuten mehr Globalisierung
Index: 1970=100



Der 122 Länder und 24 Einzelindikatoren umfassende Globalisierungsindex der Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich umfasst erstens ökonomische Indikatoren wie Handelsbeschränkungen sowie Handels- und Investitionsströme, zweitens soziale Indikatoren wie Telefon und Internetverkehr sowie die Anzahl von IKEA-Niederlassungen pro Kopf und drittens politische Indikatoren wie die Mitgliedschaft in Internationalen Organisationen oder Missionen des UN-Sicherheitsrates. Das Gewicht der ökonomischen Dimension beträgt 36 Prozent, der sozialen 38 Prozent und der politischen 26 Prozent.

Quelle: Dreher, Axel, Noel Gaston and Pim Martens (2008), *Measuring Globalization – Gauging its Consequences*, New York

Die Bundesrepublik Deutschland hat bereits seit der Nachkriegszeit gute Erfahrungen mit dem Freihandel und damit einer weitgehenden Ablehnung des Protektionismus gemacht. Unter den Industrieländern war sie in dieser Zeit immer ein recht freihändlerisch geprägtes Land. Schon in den 1950er Jahren bildete beispielsweise die vom damaligen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard vorangetriebene Re-Integration in die Weltwirtschaft ein

wichtiges Fundament der Sozialen Marktwirtschaft und eine Erklärung für das Wirtschaftswunder.

Schaut man sich die Einbindung Deutschlands in die Weltwirtschaft etwas näher an, so erkennt man eine bemerkenswerte Ballung von Integrationschüben in den 1990er Jahren. Mit der deutschen Wiedervereinigung wurden die neuen Bundesländer in das westdeutsche Wirtschaftssystem der Sozialen Marktwirtschaft integriert, die europäische Integration schritt gleich auf mehreren Ebenen voran und die Globalisierung beschleunigte sich.

1. Die *Deutsche Wiedervereinigung* hatte gewissermaßen auch den Charakter einer wirtschaftlichen Integration. Sie erstreckte sich zwar geographisch betrachtet auf ein recht überschaubares Gebiet, war dafür aber besonders intensiv. Hinzu kam ein Dilemma zwischen politischen Notwendigkeiten und problematischen wirtschaftlichen Nachwirkungen. So machte die unausweichliche deutsch-deutsche Währungsunion durch die plötzlich geschaffene neue Wettbewerbssituation große Teile der ehemaligen DDR-Wirtschaft quasi über Nacht unrentabel. Die fiskalischen Transfers aus dem Westen, die zweifellos gerechtfertigt sind, wirkten – da anhaltend hoch – belastend auf die gesamtdeutsche Wettbewerbsfähigkeit, auf die Staatsverschuldung und letztlich auf das Wirtschaftswachstum und die Lohnentwicklung zurück.

2. Der *europäische Integrationsprozess* eilte mit Siebenmeilenstiefeln voran und intensivierte den Wettbewerbsdruck in Deutschland noch weiter: Im Jahr 1992 fielen mit der Umsetzung des Europäischen Binnenmarktes weitere Barrieren für den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften. Im Jahr 1995 traten Österreich, Schweden und Finnland der Europäischen Union (EU) bei. Vier Jahre später wurden bereits die Wechselkurse zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion fixiert, was einen weiteren Integrationsschub auslöste, da nun auch das Wechselkursrisiko im europäischen Handel weggefallen war. In den Jahren 2004 und 2007 wurde die EU nach Osten und Süden auf nunmehr 27 Mitgliedsstaaten erweitert.

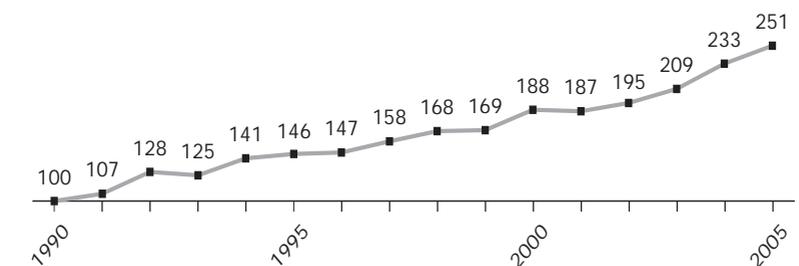
Vor allem die EU-Osterweiterung hat dabei erhebliche wirtschaftliche Veränderungen mit sich gebracht – und das bereits im Vorfeld der eigentlichen Beitritte. Denn die zu Zeiten des Ost-West Konflikts bestehenden Barrieren für Güterhandel und Kapitalverkehr wurden schon ab Mitte der 1990er Jahre deutlich zurückgeführt. In der Folge fand ein Anpassungs- und Normalisierungsprozess mit erheblicher Dynamik statt. Die Importe

aus den zehn neuen mittel- und osteuropäischen EU-Ländern haben sich zwischen 1993 und 2006 mehr als vervierfacht, so dass im Jahr 2006 10 Prozent der gesamten deutschen Einfuhren aus dieser Region kamen. Der Anteil dieser Länder an den deutschen Direktinvestitionen im Ausland nahm im Zeitraum von 1993 bis 2005 von 1,6 auf 6,4 Prozent zu – das entspricht fast einer Verzwanzigfachung der Investitionen in diese Region (Deutsche Bundesbank 2006b). Nach der Jahrtausendwende war ein Teil des Anpassungsprozesses abgeschlossen und die Steigerungsraten schwächten sich in der Tendenz etwas ab.

3. Hinzu kam noch der *allgemeine Globalisierungstrend*, dem drei Faktoren einen zusätzlichen Schub verliehen: Erstens, wie bereits erwähnt, der Fortschritt der Informations- und Kommunikationstechnik, der in seiner bislang letzten Phase vor allem durch die Verbreitung des Internets gekennzeichnet ist. Zweitens, weitere Liberalisierungsbestrebungen im Welthandel ab Mitte der 1990er Jahre, politisch vereinbart im Rahmen der sogenannten Uruguay-Runde. Diese führte auch zur Gründung der WTO, die von nun an den Rahmen für weitere Verhandlungen zur internationalen Handelsliberalisierung bilden sollte. Drittens klinkte sich neben den ehemaligen Ostblockstaaten auch Indien seit den 1990er Jahren durch erhebliche Zollsenkungen viel stärker in die Weltwirtschaft ein. Auch China, das bereits Ende der 1970er einen Öffnungsprozess begonnen hatte, setzte diesen mit erheblich größerer Konsequenz ab Anfang der 1990er Jahre fort. Die Einbindung der Schwellenländer hat zur Erhöhung des weltweit verfügbaren Angebots von Arbeitskräften geführt; seit dem Jahr 1990 ist es um das 2,5-Fache angestiegen (Abbildung 4).

Abbildung 4: Anstieg des weltweiten Arbeitsangebots

Exportgewichtetes Arbeitsangebot* – Index 1990=100

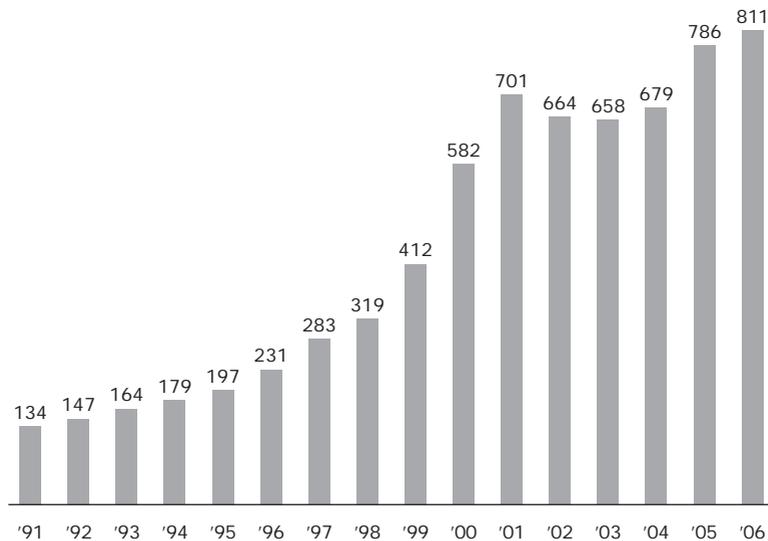


*berücksichtigt die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung und die Einbindung in die Weltwirtschaft mittels der Exportquote in Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP)
Quelle: IWF (2007a), Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Diese Entwicklungen haben die Einbindung Deutschlands in die Weltwirtschaft stark intensiviert: Seit Mitte der 1990er Jahre hat der Außenhandel stärker zugenommen als in jeder anderen Phase seit 1970. So ist etwa die Exportquote von 24 Prozent im Jahr 1995 auf rund 47 Prozent im Jahr 2007 angestiegen.

Auch die Direktinvestitionen der Unternehmen im Ausland und aus dem Ausland haben vor allem in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre enorm zugelegt. Das Auslandsengagement deutscher Firmen etwa hat sich allein im Zeitraum von 1995 bis 2001 um das 3,5-Fache erhöht (Abbildung 5).

Abbildung 5: Deutsche Unternehmensinvestitionen im Ausland
Angaben in Milliarden Euro



Direktinvestitionsbestände; Änderungen in der Erfassungssystematik
(u. a. Erweiterung der Erfassungsbasis 1999 und Verringerung der Erfassungsbasis 2002) nur mit geringen Auswirkungen
Quelle: Deutsche Bundesbank

Angesichts dieses starken Wandels verwundert es nicht, dass in Deutschland seit einigen Jahren intensiv über die Globalisierung diskutiert wird. Im Folgenden wird der Blick zunächst auf die Vorteile der Globalisierung (Kapitel 3) und danach ausführlich auf mögliche Risiken (Kapitel 4) gerichtet.

3. CHANCEN UND VORTEILE DER GLOBALISIERUNG FÜR DEUTSCHLAND

In der öffentlichen Debatte sind die Chancen, die Deutschland aus der Globalisierung erfährt, häufig weniger präsent als potentielle Risiken. Tatsächlich sprechen jedoch die Befunde dafür, dass Deutschland insgesamt – und auch das Gros der Menschen – von der Globalisierung profitiert. Die folgenden drei Punkte zeigen das:

3.1 VERBRAUCHER PROFITIEREN – STEIGENDE KAUFKRAFT UND PRODUKTVIELFALT

Die Globalisierung erweitert den Möglichkeitsraum der nationalen Marktwirtschaft, da sie neue Chancen eröffnet, Güter hervorzubringen, die die Menschen nachfragen. Sie tut das auf eine Art und Weise, die möglichst wenig Ressourcen und Kosten verschlingt. Die internationale Arbeitsteilung erlaubt es so, Effizienzgewinne auszuschöpfen.

Zudem vergrößert die Globalisierung die Angebotspalette, aus der Konsumenten sich Produkte aussuchen können. Seien es Autos, Fernseher oder Schuhe, jeder kann heute aus einer großen Vielfalt diejenige Produktkategorie auswählen, die seinen Vorstellungen am ehesten entspricht. Untersuchungen für die USA haben gezeigt, dass sich die Zahl der

Produktvarianten im Zeitraum von 1972 und 2001 vervierfacht hat. Allein daraus lässt sich für diesen Zeitraum ein Anstieg des US-Wohlstands von etwa 2,5 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung ermitteln (Broda/Weinstein 2006).

Neben der größeren Auswahl profitiert der Verbraucher vor allem von den Preisvorteilen der Globalisierung. So sind die Importpreise in Deutschland in der Zeit von 1991 bis 2007 nur um 3,2 Prozent gestiegen, während die Verbraucherpreise insgesamt im Durchschnitt um 37,4 Prozent zugelegt haben. Ohne Globalisierung und ohne globale Importe hätten die Konsumenten in Deutschland heute deutlich weniger von ihrem Geld: Die jährliche Veränderungsrate der Verbraucherpreise (die Inflation) wäre ohne den dämpfenden Effekt, der vor allem von den zunehmenden und kostengünstigeren Importen aus den Niedriglohnländern ausgeht, deutlich größer gewesen. Betrachtet man die Enderzeugnisse aus Nicht-Euro-Ländern (ein Großteil davon kommt aus den Niedriglohnländern), sind die Importpreise seit dem Jahr 2000 sogar um 15,4 Prozent zurückgegangen.

Die trotz der aktuell hohen Inflation existierenden Preisdämpfungen (siehe Kasten rechts) bedeuten, dass wir im Zuge der Globalisierung immer weniger Arbeitszeit aufbringen mussten, um uns bestimmte Güter zu leisten. Das heißt, wir haben über die letzten Jahre gerade bei vielen Importprodukten einen enormen Realeinkommensgewinn erfahren. Diesen spüren wir übrigens auch bei denjenigen Gütern, deren Einfuhrpreise über den Zeitverlauf leicht gestiegen sind, da aufgrund von Produktivitätserhöhungen die Löhne in der Regel stärker zugenommen haben als die Preise. Abbildung 6 auf Seite 22 zeigt, dass viele Güter, die wir heute aus den Niedriglohnländern, vor allem aus Asien, importieren, in dieser Hinsicht billiger geworden sind. Für einen Anzug etwa musste der Durchschnittsverdiener im Jahr 2006 18 Prozent weniger arbeiten als im Jahr 1991. Bei einem Damenkleid sind es minus 25 Prozent, bei einem Fernseher – auch aufgrund des technischen Fortschrittes – gar minus 62 Prozent.

LÄUTEN DIE GEGENWÄRTIGEN PREISSTEIGERUNGEN EINE TRENDWENDE EIN?

Die aktuelle Inflationsrate von ca. drei Prozent ist vor allem auf die steigenden Energie, Rohstoff- und Lebensmittelpreise zurückzuführen und hat den Preisvorteil der Globalisierung zuletzt zweifellos abgeschwächt. Die teils sehr deutlichen Preiszuwächse sind zu einem Teil auf die steigende Nachfrage der aufstrebenden Schwellenländer nach Rohstoffen (wie Öl) und Nahrungsmitteln (wie Milch und Fleisch) zurückzuführen. Insofern hat die Globalisierung in der jetzigen Phase zu einem globalen Nachfragerwachstum beigetragen und damit die aktuellen Preisschübe mitbedingt. Doch selbst bei Berücksichtigung dieser Zusammenhänge blieb bis vor kurzem insgesamt ein preisdämpfender Effekt der Globalisierung bei den Importen übrig (Pain et al. 2006).

Die Nachfrage nach Energie, Rohstoffen und Lebensmitteln wird in der Zukunft wohl kaum zurückgehen, jedoch ist zu erwarten, dass steigende Preise neue Investitionen auslösen, die in naher Zukunft das Angebot ausweiten werden. Nach einer Anpassungsphase der bestehenden Produktionskapazitäten dürfte also mit einer Normalisierung der Preise zu rechnen sein. Beim Öl beispielsweise macht der höhere Preis neue Fördertechnologien rentabel, die in der Lage sein dürften, die Ölfördermengen mittelfristig zu steigern. Das hat die Erfahrung in der Vergangenheit immer wieder gezeigt.

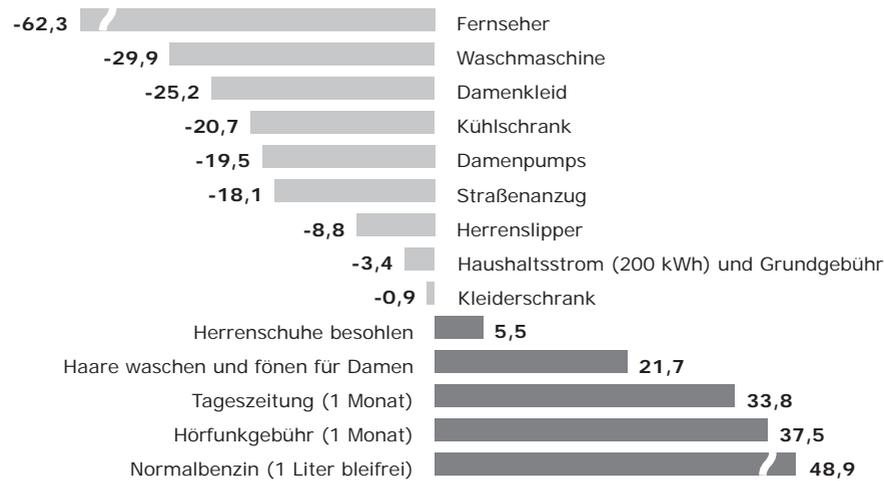
Neben der höheren Nachfrage haben auch Spekulationen an den Börsen die Rohstoff- und Lebensmittelpreise angeheizt. Die Krise im US-amerikanischen Immobiliensektor hat Liquidität in neue Anlageformen getrieben; Rohstoffe und Lebensmittel versprachen schnelles Geld und waren somit nützliche Anlageziele. Obwohl wir vor Turbulenzen im Finanzsystem auch in Zukunft nicht gefeit sind, wird dieser Effekt wohl nicht von Dauer sein.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, dass die jüngste Aufwertung des Euro die Preissteigerungen abgefedert hat, weil sie die Preise unserer Importe senkt. Dass die Preisentwicklung uns etwa beim Öl nicht noch härter getroffen hat, haben wir also aus dieser Sicht letztlich einer globalisierungsbedingten Entwicklung zu verdanken.

Kurz gesagt: Die gegenwärtige inflationstreibende Preisentwicklung bei Lebensmitteln, Rohstoffen und Energie ist sicherlich durch die Globalisierung mit verursacht worden, sie scheint jedoch zu einem großen Teil einen temporären Charakter zu haben. Dennoch besteht hier politischer Diskussions- und Handlungsbedarf. Neben dem Aufstieg der Schwellenländer sind auch politische Richtungsentscheidungen, wie z. B. die Agrarsubventionen der EU oder umwelt- und klimapolitische Anreize für die gegenwärtigen Preisentwicklungen verantwortlich. So hat die zunehmende Beanspruchung von landwirtschaftlichen Anbauflächen und Nutzpflanzen für die Herstellung von Biokraftstoffen die aktuelle Knappheitssituation maßgeblich mitverantwortet (EZB 2008). Diese auch wenig klimafreundlichen Produktionsanreize dürften zunehmend in Frage gestellt werden.

Abbildung 6: Kaufkraftgewinn

Veränderung der nötigen Arbeitszeit eines deutschen Durchschnittsverdieners zum Kauf des betreffenden Produktes zwischen 1991 und 2006 in Prozent



Lesehilfe: Für einen Straßenanzug muss ein Durchschnittsverdiener im Jahr 2006 18 Prozent weniger Arbeitszeit aufwenden als 1991.

Berechnungsbasis: durchschnittliche Nettolohn- und Gehaltssumme je geleisteter Arbeitsstunde (1991: 10,16 Euro; 2006: 13,30 Euro, Preise für 2006 geschätzt)

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Diese anschaulichen Zahlen werden von einer Vielzahl von Studien zu den Preiswirkungen der Globalisierung bestätigt (Schoenholtz 2007). Damit ist jedoch nur die *direkte* Preiswirkung der Importe beschrieben.

Die Globalisierung kann aber noch über andere – eher *indirekte* Kanäle – Preiswirkungen entfalten. So stärkt sie etwa durch größere Konkurrenz die Anreize, Kosten zu senken und die resultierende Differenz über niedrigere Preise direkt an den Kunden weiterzugeben. Globalisierung verringert so die Gewinnmargen der Unternehmen. Gleichzeitig hält sie eine übermäßige Erhöhung der Löhne im Zaum, die ebenfalls das Preisniveau nach oben treiben können. Die Handlungsspielräume für Preis- und Lohnerhöhungen sind also im Zuge der internationalen Verflechtung der Märkte geringer.

Berechnungen für die USA haben die Vorteile des internationalen Handels seit dem Zweiten Weltkrieg auf rund 10 Prozent der Wirtschaftsleistung

bezieht, das entspricht etwa einer Billion US-Dollar (Hufbauer/Grieco 2005). Davon haben größtenteils die Konsumenten profitiert. Für Deutschland liegen derartige Kalkulationen nicht vor, dürften aber aufgrund der freihändlerischen Positionierung der deutschen Volkswirtschaft und der großen Offenheit für Importe (prozentual) eher größer ausfallen.

Auch im Finanzbereich eröffnet die Globalisierung ganz neue Möglichkeiten für die Verbraucher. Im Ausland bieten sich zuweilen bessere Ertragschancen als am heimischen Finanzmarkt, etwa durch Investitionen in stark wachsende Regionen, wie z.B. Asien. Wichtiger noch ist die Möglichkeit, durch eine Verteilung der Finanzanlagen auf viele Länder, das Risiko breit streuen zu können, um damit das Verhältnis von Rendite und Risiko zu optimieren. Gerade für Deutschland und viele andere Industrieländer mit einer zunehmend alternden Gesellschaft bietet die Globalisierung der Finanzmärkte bessere Anlagemöglichkeiten für eine kapitalgedeckte private Altersvorsorge. Auch die gegenwärtigen Turbulenzen an den Finanzmärkten werden mittel- und langfristige Renditeaussichten erfahrungsgemäß nicht in Frage stellen.

Des Weiteren haben die Verbraucher in finanzieller Hinsicht natürlich auch von der Europäischen Währungsunion profitiert. Der lästige Währungsumtausch und die damit verbundenen Umtauschkosten, sowie die teilweise komplizierte Umrechnung der Währungen sind weggefallen und machen den Aufenthalt in den anderen Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion angenehmer. Auch Auslandsüberweisungen sind durch den gemeinsamen Zahlungsraum zügiger und ein wenig günstiger geworden, wenngleich hier weiterer Handlungsbedarf besteht.

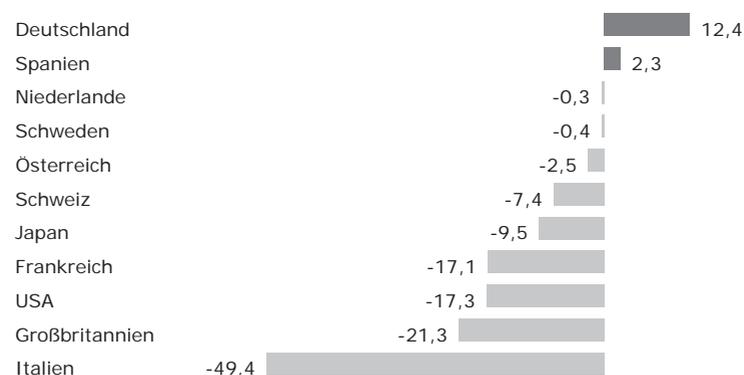
3.2 ARBEITSPLÄTZE UND WOHLSTAND DURCH EXPORTSTÄRKE

Der deutsche Exporterfolg ist vor allem im Hinblick auf seine Bedeutung für geschaffene und gesicherte Arbeitsplätze bemerkenswert und dient als beeindruckender Beleg dafür, wie sehr besonders Deutschland von der Globalisierung profitiert. Bemerkenswert ist nicht nur der Titel des Exportweltmeisters im Warenhandel. Denn Deutschland ist an der Bevölkerung gemessen kein sehr großes Land im Vergleich zu den USA, Japan, China oder Indien. Noch mehr gilt es hervorzuheben: Als einzigem großen Industrieland gelingt es Deutschland, seine Weltmarktposition kontinuierlich auszubauen. Diese Entwicklung sticht deshalb heraus, weil das

Aufholen der Entwicklungs- und Schwellenländer beim globalen Export rückläufige Anteile der Industrieländer insgesamt mit sich bringt. Allein Deutschland stemmt sich nachhaltig gegen diesen Trend (Abbildung 7).

Abbildung 7: Exportperformance: Sonderfall Deutschland

Um so viel Prozent wuchsen die Exporte des Landes im Zeitraum 1995-2007 langsamer (-) oder schneller (+) als dessen Absatzmärkte



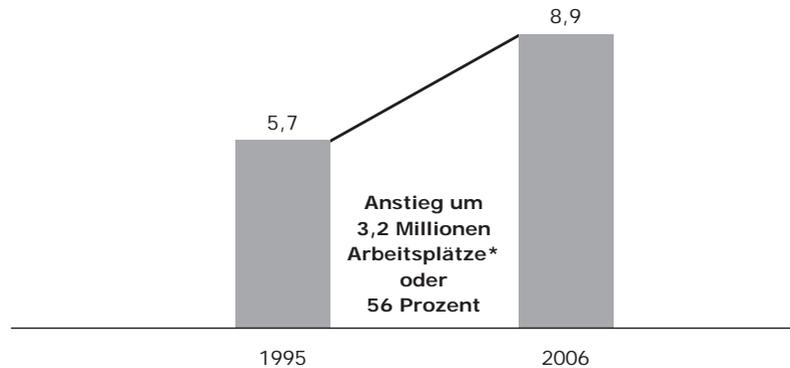
Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die Gründe für den deutschen Exporterfolg sind vielfältig. Einen wichtigen Beitrag leisteten die moderate Entwicklung der Löhne und der damit einhergehende Gewinn an Wettbewerbsfähigkeit. Aber auch die Offshoring-Aktivitäten – also die Auslandsverlagerung von Teilen der Produktion – der heimischen Unternehmen und ihre Spezialisierung auf wachstumsstarke Märkte trugen erheblich dazu bei (Deutsche Bundesbank 2006a, Danninger/Joutz 2007). Deutschland scheint sich hier mit der hohen Qualität der Marke „Made in Germany“ zu so etwas wie dem Ausrüster der Schwellenländer zu entwickeln (IW 2008). Da diese aufstrebenden Staaten sich zunehmend industrialisieren, fragen sie hochwertige deutsche Maschinen und andere Investitionsgüter nach. Deutschlands langjährige Spezialisierung auf diese eher traditionellen Branchen erweist sich hier – anders als oft behauptet – als ein wichtiger Vorteil. Während der Anteil der Schwellenländer am deutschen Export im Jahr 1995 nur bei gut 15 Prozent lag, haben die Exporte in diese Staaten im Zeitraum bis 2006 zu über 30 Prozent zum deutschen Ausfuhrwachstum beigetragen. So kommt es auch, dass Deutschland im Handel mit den Niedriglohnländern kein Defizit, sondern sogar einen leichten Überschuss von rund vierzehn Milliarden Euro im Jahr 2006 aufwies.

Die Kritik, Deutschland werde zunehmend zu einer Art „Basar-Ökonomie“, die ausländische Produkte nur vertreibt ohne im eigenen Land Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu schaffen (Sinn 2005), ist nur ein oberflächlicher Eindruck. Zwar ist der Importanteil an den deutschen Exporten nicht zuletzt aufgrund des zunehmenden Kostendrucks zwischen 1995 und 2006 von 31 auf 45 Prozent gestiegen. Jedoch haben sich die deutschen Exporte in dieser Zeit – gerade auch, weil sie durch den höheren Anteil günstiger Importe wettbewerbsfähiger geworden sind – (ohne Berücksichtigung der Inflation) mit über 136 Prozent immens erhöht. So ist zwar der Anteil der heimischen Produkte an den Exporten geschrumpft, ihr absoluter Wert aber deutlich gestiegen. Weil der Kuchen wuchs, ist das kleinere Stück trotzdem sehr viel größer als vorher – und so sind die Exporte aus heimischer Produktion heute um beachtliche 93 Prozent höher als im Jahr 1995.

Die These, der Exportsektor schaffe kaum Arbeitsplätze, da dort zu kapitalintensiv produziert würde, lässt sich demnach nicht belegen. Abbildung 8 zeigt – unter Berücksichtigung der Beschäftigten auf der Zulieferebene – genau das Gegenteil: Durch den Export sind seit dem Jahr 1995 mehr als 3,2 Millionen Arbeitsplätze entstanden oder gesichert worden – ein immenser Anstieg um 56 Prozent von 5,7 Millionen auf 8,9 Millionen bis zum Jahr 2006. Zu diesem Zeitpunkt war knapp ein Viertel aller Erwerbstätigen im Exportsektor tätig, mit steigender Tendenz. Eindringlicher kann man kaum zeigen, wie wichtig die Globalisierung für Deutschland ist.

Abbildung 8: Exportabhängige Arbeitsplätze in Deutschland
Angaben in Millionen



* Unter Berücksichtigung der Vorleistungsebenen
Quelle: Bleses et al. 2008

3.3 WOHLSTANDSFÖRDERNDE DIREKTINVESTITIONEN AUS DEM AUSLAND

Ein weiterer Aspekt, der die Vorteile der Globalisierung für Deutschland aufzeigt, sind die Investitionen aus dem Ausland, die hierzulande Einkommen und Beschäftigung entstehen lassen. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank (2008) beschäftigen ausländische Tochterunternehmen in Deutschland über 2,2 Millionen Menschen. Gerade amerikanische Firmen stehen hier im Bekanntheitsgrad ganz oben. Bei McDonald's in Deutschland etwa arbeiten über 50.000 Beschäftigte, bei Ford und Opel (General Motors) jeweils knapp 25.000 (AmCham Germany 2007). Vor allem seit Anfang der 1990er Jahre hat sich das Engagement ausländischer Unternehmen in Deutschland deutlich erhöht – sowohl im Hinblick auf das investierte Kapital als auch auf die Zahl der Beschäftigten, die seit 1995 um über 500.000 stieg.

Durch seine zentrale Lage in Europa bietet sich Deutschland aus logistischer Sicht als Standort an und kann als Brückenkopf in die mittel- und osteuropäischen Staaten dienen. Zudem gibt es in der Bundesrepublik Deutschland gut ausgebildete und produktive Arbeitskräfte, weltweit führende Spitzentechnologien in verschiedenen Branchen sowie eine gute Infrastruktur und einen großen kaufkräftigen Absatzmarkt. Zahlreiche

Umfragen und Standortrankings belegen, dass Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit und seine Attraktivität als Unternehmensstandort in den vergangenen Jahren sogar deutlich erhöhen konnte (Heilmann 2007). Die Entlastung bei den Lohnnebenkosten sowie die Strukturreformen im Steuersystem und am Arbeitsmarkt im Zuge der Agenda 2010 haben erheblich dazu beigetragen.

4. RISIKEN DER GLOBALISIERUNG IN DER DISKUSSION

Trotz aller Vorteile bringt die intensivere internationale Verflechtung der Volkswirtschaften zweifellos auch Risiken mit sich. Zwar verbessert die Globalisierung die Beschäftigungsmöglichkeiten von gut qualifizierten Arbeitskräften, jedoch führt sie gewiss zu einem Abbau einfacher industrieller Arbeitsplätze und erhöht zudem über mehr Wettbewerbsintensität den Arbeitsdruck und die Jobunsicherheit.

Hier sei vorweg genommen, dass die Globalisierung für all diese Effekte nicht allein verantwortlich ist. So sinkt die Industriebeschäftigung (auch ohne den direkten Einfluss der Globalisierung), weil es einen allgemeinen Trend zur Dienstleistungsgesellschaft gibt. Außerdem hat der zunehmende Einsatz technologischer Hilfsmittel Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmen zur Folge. Vor allem in der Industrie, etwa bei einfachen Tätigkeiten am Fließband, ersetzen zunehmend Maschinen die Arbeit von Menschen. Dienstleistungen sind hingegen schwerer von Robotern auszuführen. In diesem Bereich entstehen im Zuge des Strukturwandels neue Jobs. Es ist wichtig zu verstehen, dass der Prozess der internationalen wirtschaftlichen Verflechtung grundsätzlich die Wettbewerbsintensität verstärkt und den technischen Fortschritt beschleunigt. Beides erhöht den Wohlstand. Wollten wir die teils unerwünschten Effekte in ihrer Ursache verhindern, wäre das nur durch einen gleichzeitigen Verzicht

auf all die Vorteile, die uns der Wettbewerb und viele technologische Errungenschaften bringen, möglich. Dass das jedoch keine Lösung sein kann, liegt auf der Hand. Um tragbare Antworten auf die sich stellenden Herausforderungen zu finden, ist eine genaue Analyse der teils sehr komplexen Ursache-Wirkung-Zusammenhänge notwendig. Nur so können adäquate Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung gefunden werden.¹

4.1 VERNICHTET DIE GLOBALISIERUNG ARBEITSPLÄTZE IN DEUTSCHLAND?

Häufig wird der steigende Wettbewerbsdruck, der durch die Globalisierung entsteht, mit Arbeitsplatzverlusten hierzulande in Verbindung gebracht: Insbesondere wird befürchtet, dass Deutschland der Niedriglohnkonkurrenz aus den Schwellenländern nicht standhalten kann. Als Beleg dafür wird die bis vor Kurzem noch erdrückend hohe Arbeitslosigkeit angeführt. Die Sorge richtet sich hauptsächlich gegen Arbeitsplatzverlagerungen ins Niedriglohnausland und ist in den letzten Jahren oft kontrovers thematisiert worden.

Vergleicht man die viel diskutierten Einzelfälle mit den objektiven Fakten, zeigt sich ein interessanter Befund: In den Jahren 2003 bis 2006 waren nur knapp 7 Prozent der Entlassungen bei mittleren und großen Unternehmen in Deutschland (zum Vergleich: 8 Prozent in der EU) auf das Offshoring zurückzuführen (European Foundation 2007).

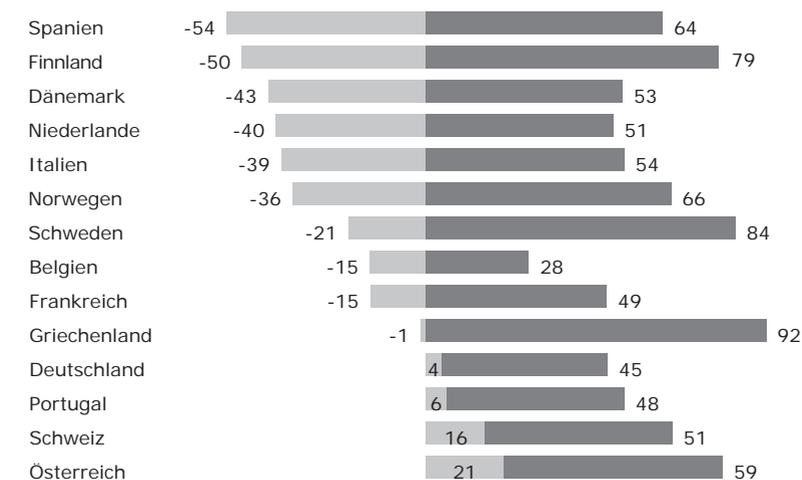
Wenn Produktionsbereiche ins Ausland verlagert werden, bedeutet das überdies nicht unbedingt, dass hierzulande dauerhaft Arbeitsplätze vernichtet werden. Denn Offshoring macht die heimischen Unternehmen wettbewerbsfähiger und fördert die deutschen Exporte. Damit werden auf längere Sicht auch Arbeitsplätze am Heimatstandort gesichert. Zudem dienen Unternehmensinvestitionen im Ausland auch der Erschließung neuer Absatzmärkte und nicht bloß zur Einsparung von Produktionskosten. Unterm Strich sind die Auslandsinvestitionen der deutschen Unternehmen nicht beschäftigungsschädlich (Deutsche Bundesbank 2006b, Klodt/Christensen 2007, Buch et al. 2007). Im Gegenteil: Befragungen kommen sogar zu dem Ergebnis, dass Unternehmen, die im Ausland investieren, im Inland eine deutlich bessere Beschäftigungsbilanz aufweisen als der Durchschnitt (DIHK 2007).

Wenn die intensivere Einbindung in internationale Güter- und Kapitalmärkte insgesamt Arbeitsplätze vernichten würde, müsste die langfristige Beschäftigungsbilanz der Industrieländer negativ sein. Von 1985 bis 2007 – also in der Zeit der beschleunigenden Globalisierung – ist die Zahl der Arbeitsplätze in diesen Ländern aber von knapp 340 Millionen auf fast 425 Millionen angewachsen. Das entspricht einem ansehnlichen Zuwachs von rund einem Viertel in den letzten gut zwanzig Jahren. Dabei ist nicht nur die Anzahl der Erwerbstätigen, sondern auch das Arbeitsvolumen – gemessen an den gearbeiteten Stunden – um fast 18 Prozent gestiegen.

Kurz gesagt: Die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland ist nicht primär mit der stärkeren Öffnung von Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkten zu erklären. Abbildung 9 visualisiert in einem internationalen Vergleich, dass die starke Steigerung der Niedriglohnkonkurrenz nicht systematisch mit einer Erhöhung der Arbeitslosenquoten einhergegangen ist (siehe auch EEAG 2008, Matthes 2007). Aus der Abbildung geht hervor, dass unter den Bedingungen der Globalisierung der Bedarf an Arbeit sogar steigen kann.

Abbildung 9: Globalisierung und Veränderung der Arbeitslosigkeit in Kontinentaleuropa

Angaben in Prozent



■ Veränderung des Niedriglohnländeranteils an den Importen von 1995-2006
 ■ Veränderung der standardisierten Arbeitslosenquote von 1995-2006

Quelle: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Als Begründung für die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland reicht die Globalisierung folglich nicht aus. Verschiedene Analysen (OECD 2006, Sachverständigenrat 2005) bestätigen seit längerem, dass vor allem die rigiden Regelungen des deutschen Arbeitsmarktes zu diesen unerwünschten Entwicklungen geführt haben. Die Globalisierung hingegen hat die starke Exportentwicklung gefördert und damit einen maßgeblichen Beitrag zu mehr Wachstum und Beschäftigung geleistet.

Wo entstehen neue Jobs?

Auch in Deutschland gibt es Branchen, die einen imposanten Beschäftigungsaufbau zu verzeichnen haben. So stiegen die Beschäftigungsmöglichkeiten im EDV-Bereich (vor allem bei den Datenbanken und der Datenverarbeitung) zwischen den Jahren 1991 und 2005 um mehr als 150 Prozent oder 319.000 Stellen. Die unternehmensnahen Dienstleistungen konnten mit einem Zuwachs von 107 Prozent sogar mehr als zwei Millionen neue Jobs zur Verfügung stellen. Auch in der Immobilienwirtschaft, im Freizeitbereich, beim Leasing, im Gesundheits- und Sozialwesen, im Gastgewerbe, in der Forschung und bei den haushaltsnahen Diensten ist die Arbeitsplatzbilanz überaus positiv.

Die Tatsache, dass weniger die Globalisierung, sondern vor allem eine problematische Arbeitsmarktpolitik für die lang anhaltend Arbeitslosigkeit in Deutschland verantwortlich ist, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine bestimmte Gruppe stärker als andere vom Konkurrenzdruck der Globalisierung betroffen ist: Gemeint sind hier die gering qualifizierten Arbeitnehmer. Viele, die eine einfache Tätigkeit in der Industrie verlieren, passen nicht auf einen Job im technologie- oder wissensintensiven Bereich und können auch nicht ohne weiteres dafür umgeschult werden.

4.2 IST DIE GLOBALISIERUNG VERURSACHER DER STEIGENDEN EINKOMMENSUNGLEICHHEIT?

Die Ungleichheit der Einkommen, gemessen an den am Markt erzielten Pro-Kopf Einkommen, hat in Deutschland – wie auch in den Industrieländern insgesamt – seit Mitte der 1990er Jahre zugenommen. Das zeigen eine ganze Reihe von Studien für Deutschland (z.B. Goebel/Krause 2007, BMAS 2008). Die Globalisierung könnte zumindest theoretisch eine wichtige Rolle dabei gespielt haben: Zum einen über die Umverteilung zwischen Arbeit und Kapital; zum anderen über das Auseinanderdriften

des Lohnniveaus zwischen hoch und gering Qualifizierten. Zwar lässt sich beides für Deutschland beobachten, jedoch reicht die Globalisierung als Erklärung hierfür nicht aus.

In der Tat sind die Kapitaleinkommen in vielen Industrieländern im längerfristigen Vergleich stärker gestiegen als die Arbeitslöhne. Der Anteil der Lohnneinkommen am Volkseinkommen (die Lohnquote) ist also gesunken. Obgleich die Lohnquote als Indikator sehr wohl umstritten ist, zeigen die jüngsten Forschungsergebnisse, dass der Rückgang der Lohnquote in den großen europäischen Industrieländern zwischen 1982 und 2002 nur zu einem geringen Teil auf die Globalisierung zurückgeführt werden kann. Eine viel größere Rolle wird dem technischen Fortschritt beigemessen, da dieser den Faktor Kapital begünstigt, indem er Arbeit einspart und Kapital produktiver und damit rentabler macht (Jaumotte/Tytell 2007).

Auch *innerhalb* der Lohnneinkommen hat sich eine immer größer werdende Schere aufgetan: Die Unterschiede zwischen der obersten Lohngruppe der hoch Qualifizierten und der untersten Lohngruppe der gering Qualifizierten hat sich zunehmend geweitet (Sachverständigenrat 2007, Goebel/Krause 2007). Die Lohnspreizung in Deutschland ist sogar so stark gestiegen wie in kaum einem anderen Industrieland (Schettkat 2007).

Verantwortlich dafür ist vor allem die Ausdifferenzierung im unteren Lohnsegment: Während 1995 nur etwa 15 Prozent aller Beschäftigten (einschließlich Mini-Jobs) ein Lohnneinkommen von weniger als zwei Drittel des mittleren Einkommens zu verzeichnen hatten, lag der Anteil im Jahr 2006 bei über 22 Prozent (IAQ 2008). Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass in diesem Segment der niedrigen Löhne – dem Niedriglohnsektor – neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstanden sind, die insbesondere den Langzeitarbeitslosen und gering Qualifizierten einen Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt geboten haben. Der Niedriglohnbereich hat also auch den Problemgruppen des deutschen Arbeitsmarktes neue Beschäftigung und somit eine Teilhabe am wachsenden Wohlstand eröffnet.

Neben der Globalisierung ist aber auch hier wieder dem technischen Fortschritt eine gewisse Mitverantwortung an der steigenden Ungleichheit der Löhne zu geben (Matthes 2008): Einfache Tätigkeiten werden zunehmend von Maschinen übernommen, so dass sich die Arbeitsnachfrage

weiter zu Lasten der gering Qualifizierten verschiebt (Cline 1997, Grömling et al. 1998, WTO/ILO 2007). Auch die steigende Frauenerwerbstätigkeit hat die Lohnschere geweitet: Denn die Ungleichheit der Löhne liegt bei Frauen deutlich höher als bei Männern. Darüber hinaus steigert der Mangel an Fachkräften, der gegenwärtig zu beobachten ist, den Preis von hoch qualifizierter Arbeit.

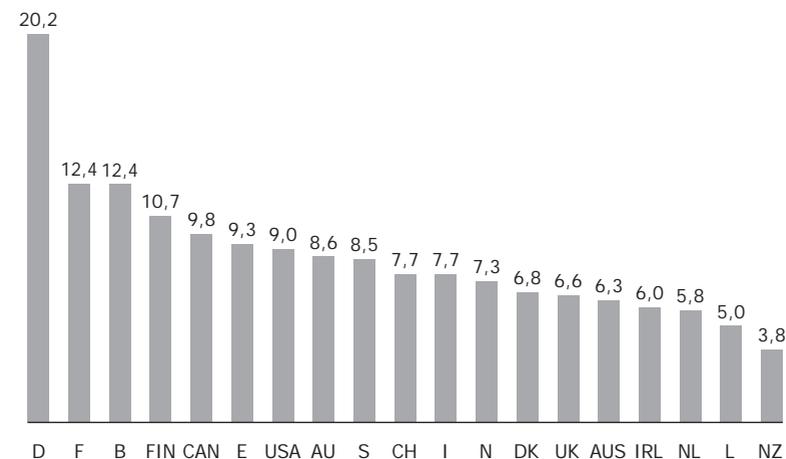
Eine weitere Erklärung für die zunehmende Einkommensungleichheit ist die erhöhte Arbeitslosigkeit in den 1990er Jahren, die einerseits einen erhöhten Lohndruck auf die noch Beschäftigten induzierte und andererseits Einkommensverluste bedingte. Das wiederum erhöhte die Bereitschaft, zu einem niedrigeren Einstiegslohn zu arbeiten (Goebel/Krause 2007).

4.3 SIND GERING QUALIFIZIERTE ARBEITNEHMER DIE VERLIERER DER GLOBALISIERUNG?

Die Arbeitslosigkeit ist bei den gering Qualifizierten in Deutschland mit über 20 Prozent so hoch wie in keinem anderen Land, wie Abbildung 10 zeigt.

Abbildung 10: Arbeitslosenquote der gering Qualifizierten

In Deutschland am höchsten
Stand 2005, Angaben in Prozent



gering Qualifizierte: Ausbildungsstand weniger als Sekundarstufe 2
Quelle: OECD 2007

Der Vergleich mit anderen Ländern offenbart jedoch auch, dass dies kein Sachverhalt ist, mit dem wir uns im Zuge der globalisierungsbedingten Konkurrenz aus Niedriglohnländern abfinden müssen. Zudem sind für die Industrieländer insgesamt die inflationsbereinigten Pro-Kopf-Einkommen der Geringverdiener in den 1990er Jahren um 1,6 Prozent pro Jahr gestiegen (IWF 2007b).

Dass diese Entwicklung für Deutschland nicht galt, ist auf eine Reihe besonderer Entwicklungen und weniger auf die Globalisierung zurückzuführen. Verschleppte Reformen im Bereich des Arbeitsmarkts und der Sozial- und Finanzpolitik haben die gering Qualifizierten in eine schwierige Situation gebracht. Hinzu kamen noch externe Faktoren, wie die finanzielle Belastung als Folge der deutschen Wiedervereinigung (European Commission 2002). Zudem führte eine Aufwertung der D-Mark zwischen den Jahren 1992 und 1995, sowie die Fixierung eines leicht überwerteten D-Mark-Euro Wechselkurses im Jahr 1999, zu einer Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

All dies hat dazu beigetragen, dass die deutsche Wirtschaft zwischen 1995 und 2005 nur sehr schwach gewachsen ist und so der Verteilungsspielraum eng begrenzt war. Zudem musste der Nachteil bei der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch eine länger anhaltende Lohnzurückhaltung wieder ausgeglichen werden. In der Folge gingen die Reallöhne der gering Qualifizierten – bei zunehmender Lohnspreizung – in Deutschland bis 2005 zurück und konnten nicht wie in anderen Ländern merklich steigen.

Vielfältige Reformen am Arbeitsmarkt und die Bemühungen der Tarifpartner haben inzwischen aber dazu beigetragen, dass die deutsche Wirtschaft wieder wettbewerbsfähiger ist. Es lohnt sich nun wieder, Arbeitsplätze zu schaffen, auch für gering Qualifizierte. Im Niedriglohnssektor ist die Zahl der Arbeitsplätze für Arbeitnehmer ohne Ausbildung zwischen den Jahren 2000 und 2006 – also trotz zwischenzeitlicher Stagnationsphase – um 24 Prozent gestiegen. Neue Arbeitsplätze für gering Qualifizierte sind vor allem in produktionsnahen Serviceberufen, bei einfachen Tätigkeiten in der Altenpflege und im EDV-Bereich sowie in der Raumreinigung und bei Hilfs- und Lagerarbeiten entstanden (IAQ 2005). Zuletzt ist noch anzumerken, dass gerade Geringverdiener, die einen Großteil ihres Einkommens zum Konsum verwenden, einen enormen Kaufkraftgewinn durch die Globalisierung erfahren haben.

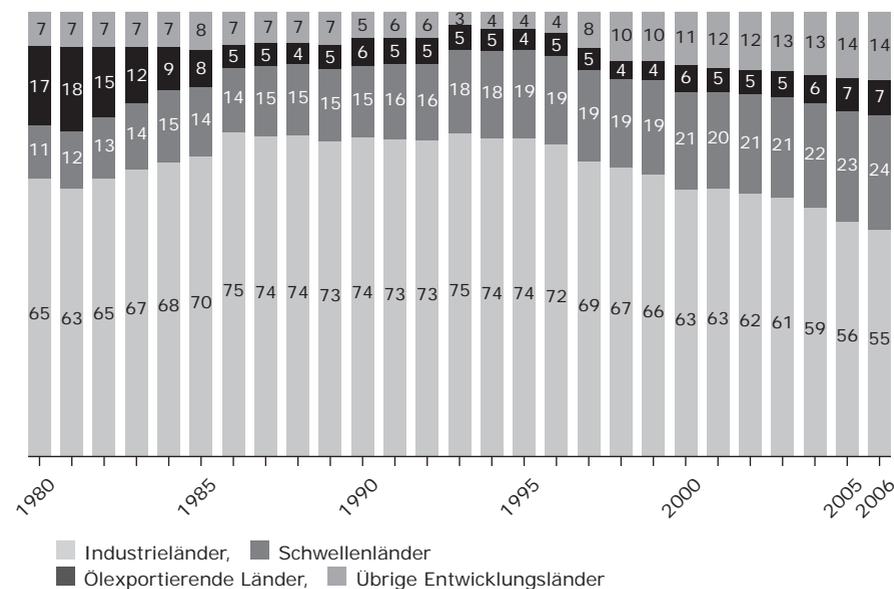
4.4 BEDROHT DER AUFSTIEG DER SCHWELLENLÄNDER UNSEREN WOHLSTAND?

Die Sorge, die Einbindung der Schwellenländer in die internationale Arbeitsteilung und Ihr Aufholen im Bereich der Hochtechnologie könnte auf Kosten des Wohlstands der Industrieländer gehen, hat in den letzten Jahren stark zugenommen.

In der Tat hat sich die Beteiligung der Schwellenländer am Welthandel rasant entwickelt (Abbildung 11). Ihr Anteil am Weltexport hat sich seit 1980 mehr als verdoppelt und beträgt inzwischen weit über ein Fünftel. Doch geht die voranschreitende Partizipation der Schwellenländer am weltweiten Austausch von Waren und Dienstleistungen tatsächlich auf Kosten der Industrieländer?

Abbildung 11: Industrieländer: Rückläufiger Weltexportanteil bei steigenden Exporten

Weltexportanteil in Prozent



- Schwellenländer (aufgrund des Langfristvergleichs ohne frühere Ostblockstaaten): Argentinien, Brasilien, Chile, China, Hongkong, Indien, Indonesien, Malaysia, Mexiko, Philippinen, Singapur, Südafrika, Südkorea, Thailand, Türkei;
 - Industrieländer: EU-15, USA, Japan, Kanada, Schweiz, Norwegen, Australien, Neuseeland
 - Weltexporte: nur Warenhandel; ■ Hongkong und Singapur: ohne Re-Exporte
- Quelle: IWF, WTO, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Der berühmte Ökonomie-Nobelpreisträger Paul Samuelson hatte diese Befürchtung im Jahr 2004 mit folgender Begründung ins Feld geführt: Die zunehmende Einbindung der Schwellenländer in den internationalen Handel erhöhe das Warenangebot in unseren Exportsegmenten und führe so zum Preisverfall auf dem Weltmarkt. Das drücke unsere Ausführpreise und verändere so das Verhältnis der Import- und Exportpreise (im Fachjargon: die *Terms of Trade*) zu unserem Nachteil. Sprich: Wir müssten mehr Exporte realisieren, um das gleiche Volumen an Gütern importieren zu können wie zuvor (Samuelson 2004).

In der Praxis bestätigt sich diese Befürchtung bislang nicht. Da die Industrieländer technologisch weiter voranschreiten, hat z.B. China bei der Qualität seiner Exporte gegenüber Deutschland und anderen Industrieländern kaum aufgeholt (Schott 2008). Während die Schwellenländer in erster Linie einfache Güter (wie Textilien oder Spielzeug) oder technologisch standardisierte Produkte mit ausgereiften Herstellungsverfahren (wie Computer und Unterhaltungselektronik) auf dem Weltmarkt anbieten, führen wir wissensintensive und innovative Produkte aus, wie z.B. Qualitätsmaschinen. So sind Deutschlands *Terms of Trade* im Industriewarenhandel in den letzten Jahren sogar stetig gestiegen (Matthes 2007).

Summa summarum zeigt sich, dass nicht nur die Schwellenländer, sondern auch Industrieländer – und gerade Deutschland als Exportnation hochtechnologischer Produkte – von der zunehmenden Arbeitsteilung mit den Schwellenländern profitieren.

4.5 FÜHRT DIE GLOBALISIERUNG ZUR HANDLUNGS- OHNMACHT DER NATIONALSTAATEN?

Während sich die Wirtschaft globalisiert, bleiben Politik und Demokratie vorwiegend national aufgestellt. Die zunehmende Asymmetrie der Reichweite von Wirtschaft und Politik – so die Annahme – schränke die Handlungsspielräume der nationalen Regierungen ein. Die Standortkonkurrenz zwingt die Staaten zudem in einen Unterbietungswettbewerb bei Steuern und Sozialstandards (*race to the bottom*), so dass im Ergebnis die Spielräume für Investitionen oder für soziale Umverteilung eingeengt würden. Bei genauerer Betrachtung lassen sich diese Ängste anhand einer Reihe von Argumenten relativieren.

Ruinöses „race to the bottom“?

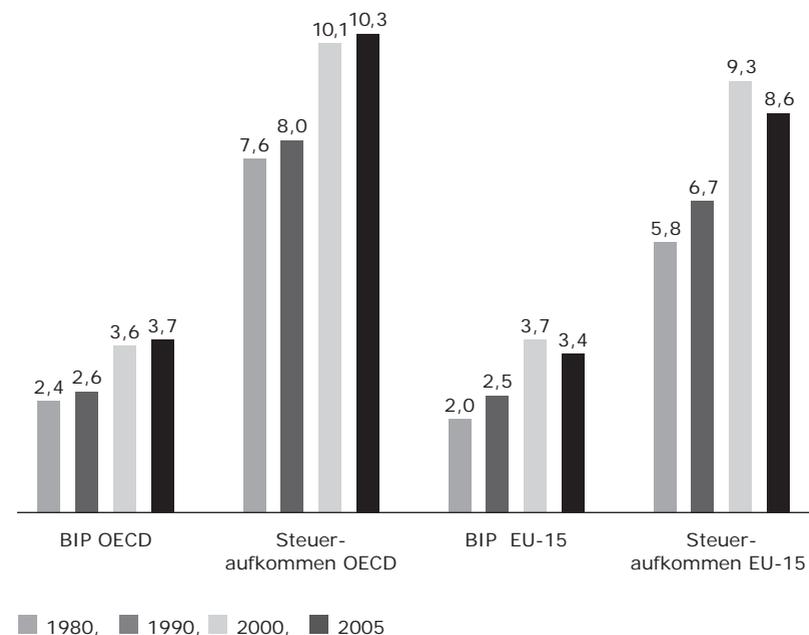
Sowohl für die EU (hier EU-15 Staaten) als auch für die gesamten OECD-Staaten ließ sich in den letzten Jahren, trotz des zunehmenden internationalen Wettbewerbs, kein *race to the bottom* beobachten.

Zwar wurden die Unternehmensteuersätze in vielen Ländern deutlich abgesenkt, jedoch ist der Anteil der Gewinnsteuern der international aktiven Unternehmen an der Wirtschaftsleistung seit den 1980er Jahren nicht gesunken, sondern sogar gestiegen (Abbildung 12). Die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und eine gute Gewinnentwicklung bei den Unternehmen haben dazu beigetragen. Letztere ist gewiss auch Resultat der Steuersenkungen, da sinkende Abgaben mehr Freiraum für wachstumstreibende Investitionen ließen.

Abbildung 12: Unternehmenssteuern: Kein Race to the Bottom

Gewinnsteuern von Kapitalgesellschaften...

Angaben in Prozent



Kapitalgesellschaften in Deutschland: Aktiengesellschaften und GmbHs, also tendenziell größere Unternehmen, die eher die Option der Abwanderung wahrnehmen
Quelle: OECD

Auch bei den Sozialabgaben zeigt sich kein eindeutiger Trend nach unten. In Deutschland ist ihr Anteil an der Wirtschaftsleistung von 1980 bis 2004 leicht gestiegen; von 28,8 Prozent auf 29,5 Prozent (Eurostat). In Italien, Frankreich, Großbritannien, Österreich und Dänemark waren die Anstiege im gleichen Zeitraum sogar deutlich stärker.

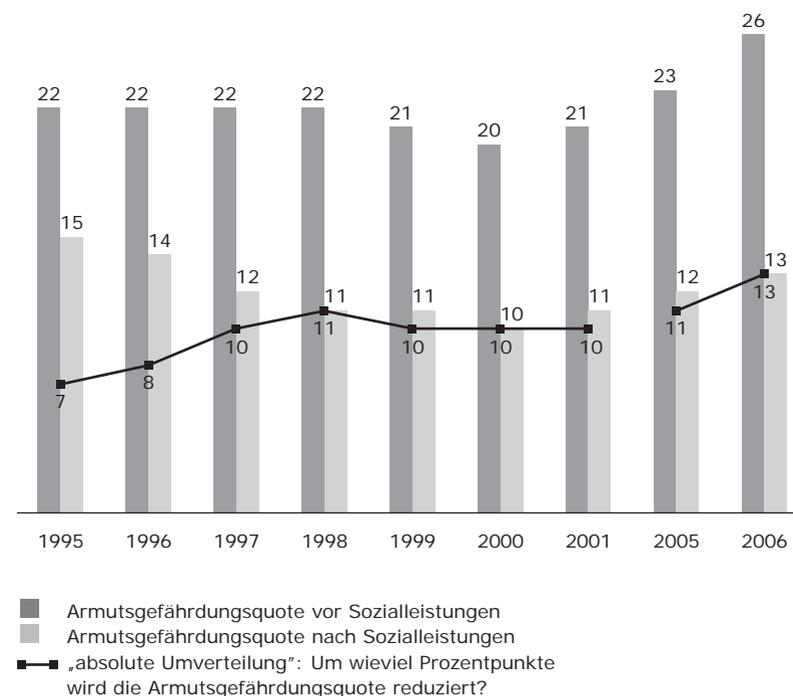
Dass die Staatsquote (also der staatliche Anteil an der gesamten Wirtschaftsleistung) in vielen Ländern zurückgegangen ist, muss kein Zeichen für sinkende staatliche Handlungsmacht sein: Per se gibt es keine optimale Steuer-, Sozial- oder Staatsquote. Wohl aber gibt es empirische Studien die belegen, dass die Konsolidierung der Staatsfinanzen in den Industrieländern – und damit eine Rückführung der Staatsquote – das Wachstum fördert (Grömling 2005).

Abschließend sei noch angemerkt, dass nicht allein die Höhe der Steuern und Abgaben ausschlaggebend für die Standortentscheidung von Unternehmen ist. Auch die staatlichen Leistungen, die im Gegenzug geboten werden, fließen in das Kalkül mit ein. Sind diese „ihren Preis wert“ wird ein Unternehmen nicht ohne Weiteres abwandern. Dass Deutschland hier zunehmend ein attraktives Preis-Leistungsverhältnis bietet, bringt die Verbesserung seiner Position bei vielen Standortrankings zum Ausdruck.

Soziale Umverteilung nicht eingeschränkt

Nach wie vor hat Deutschland ein sehr effizientes System staatlicher Umverteilung, das vor allem dem als arm geltenden Teil der Bevölkerung² zu Gute kommt. Im Jahr 2005 konnte die Armutsquote durch staatliche Transfers von 26 Prozent auf 13 Prozent halbiert werden (BMAS 2008). Insgesamt hat das Ausmaß der staatlichen Umverteilung nach ganz unten in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre deutlich zugenommen und ist danach weitgehend stabil geblieben (Goebel/Krause 2007). Die Tatsache, dass die Armutsquote *nach* Sozialleistungen im Zeitraum von 1995 bis 2001 deutlich gesunken ist, obwohl die Quote *vor* Sozialleistungen in etwa konstant blieb, bringt das zum Ausdruck (Abbildung 13).

Abbildung 13: Armutsgefährdungsquote und soziale Umverteilung



- *Armutsgefährdungsschwelle: 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median); Sozialleistungen ohne Renten*
 - *Armutsgefährdungsquote: Anteil von Personen mit einem verfügbaren Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle*
- Keine Erfassung zwischen 2002 und 2004, ab 2005 andere Erfassungsmethodik, Daten nicht mehr vollständig vergleichbar*
 Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Auch die progressive Einkommenssteuer als zentrales Instrument der staatlichen Umverteilung scheint nicht wesentlich unter dem globalisierungsbedingten Standortwettbewerb gelitten zu haben, wenngleich der Spitzensteuersatz im Zeitverlauf deutlich gesenkt wurde. Gerade in den letzten Jahren sind aber viele Steuer-schlupflöcher geschlossen worden, und weitere gilt es in Zukunft zu schließen.

Insgesamt zahlten die reichsten 10 Prozent der Steuerzahler im Jahr 2007 gut 53 Prozent der gesamten Einkommenssteuern (BMF 2007). Das ist sogar mehr als noch im Jahr 1989. Damals waren es rund 51 Prozent.

Zwischenfazit: Differenzierte Betrachtung notwendig

Die differenzierte Betrachtungsweise einiger Risiken der Globalisierung hat gezeigt, dass es zweifellos Anpassungslasten und Nachteile gibt. Doch lassen sich manche Bedenken mindern, wenn sie einer gründlicheren Analyse unterzogen werden. Dieser genauere Blick ist fundamental wichtig; zum einen, um der Ungewissheit über die komplexen Wirkungskanäle entgegenzutreten; zum anderen, um dem Gefühl der Ohnmacht gegenüber den globalen Marktkräften und der damit einhergehenden skeptischen Einstellung der Menschen zur Globalisierung begegnen zu können. Nur auf Grundlage einer eingehenden Analyse können Eingriffsmöglichkeiten der Wirtschaftspolitik identifiziert werden.

- 1| *Detaillierte Analysen zu den im folgenden aufgegriffenen und weiteren Aspekten der Globalisierung (so z. B. zu den Finanzmärkten) erscheinen künftig in der Reihe Analysen und Argumente der Konrad-Adenauer Stiftung.*
- 2| *Darunter fällt, wer unter 60 Prozent des Medianeinkommens verdient – ohne Sozialleistungen und ohne Renten.*

5. WARUM NEHMEN WIR DIE VORTEILE DER GLOBALISIERUNG SO WENIG WAHR?

Die Vorteile der Globalisierung kommen in der öffentlichen Debatte nur wenig zur Geltung. Wie in Kapitel 4 gezeigt wurde, werden ihr nicht selten wirtschaftliche Fehlentwicklungen zugeschrieben, die in erster Linie andere Ursachen haben. Die real existierenden und alltäglich spürbaren positiven Effekte der Globalisierung werden hingegen oftmals nicht mit ihr in Verbindung gebracht. Wie ist diese Diskrepanz in der Wahrnehmung zu erklären?

Viele Menschen haben im Alltagsleben meist nicht genug Zeit, um komplexe (wirtschaftliche) Zusammenhänge gründlich zu durchdringen. Selbst gut gebildete Bürger können die vielfältigen Wirkungskanäle der internationalen Arbeitsteilung und des globalen Kapitalverkehrs kaum nachvollziehen. Der Verstand sucht daher nach Vereinfachungen und Denkschubladen. Nicht sehr hilfreich ist in dieser Hinsicht, dass in der Schule nur wenig Wissen über Wirtschaft und Globalisierung vermittelt wird.

Zudem haben Untersuchungen zur Wahrnehmung gezeigt, dass der Mensch dazu tendiert, negativen Meldungen einen größeren Stellenwert als positiven Sachverhalten beizumessen und Verlust- größer als Gewinnmöglichkeiten zu gewichten (Heinemann 2007). Die Nachteile der Globalisierung werden daher oft besonders intensiv empfunden.

Der Arbeitsplatzverlust aufgrund einer Verlagerung nach Osteuropa oder Asien ist für die Menschen direkt spürbar und zugleich zweifelsfrei auf die Globalisierung zurückzuführen. Auch die Tatsache, dass der starke Globalisierungsschub in den 1990er Jahren in eine Zeit sehr schwachen Wirtschaftswachstums gefallen ist, hat die negative Wahrnehmung der Globalisierung geprägt.

Die Vorteile hingegen werden als selbstverständlich hingenommen und meist nicht der Globalisierung zugeordnet. Seien es gesicherte Arbeitsplätze durch Exporte und ausländische Investitionen oder höhere Realeinkommen, weil die Globalisierung die Produktivität steigert und weil viele Waren billiger sind, wenn wir sie importieren.

Die Medien verstärken diese Diskrepanz in der Wahrnehmung noch: Für die Berichterstattung muss ein Blickfang her, eine nötige Prise Sensation und Zuspitzung, sowie zuweilen ein Sündenbock, auf den sich Ängste und Ärger projizieren lassen. Oft werden persönliche Schicksalsschläge aufgegriffen, die als Identifikationsfläche dienen sollen. All diese Zutaten einer erfolgreichen Mediengeschichte liefert die Globalisierung häufig. Der zweifellos schwer getroffene langjährige ältere Mitarbeiter, dessen Job nach Rumänien verlagert wird oder durch die vermeintlich unfaire chinesische Importkonkurrenz einfach wegfällt, ist ein regelmäßig zitierter Fall. Das Beispiel Nokia – auch wenn es letztlich nur ein Einzelfall ist – hat dies zum Jahresbeginn 2008 einmal mehr mit massiver Medienpräsenz verdeutlicht. Statistiken oder Beispiele, die die Globalisierungsvorteile belegen, werden hingegen von den Medien seltener zitiert.

Umso mehr ist eine Aufklärung über die tatsächliche Faktenlage nötig. Denn ein weiteres Verhaltensmuster spielt zuweilen eine Rolle: die so genannte kognitive Dissonanz. Sie besagt, dass Menschen oft an einmal festgefügt Meinungen festhalten und dazu tendieren, die verfügbaren Informationen einseitig auszuwerten – eben so, wie es gerade in ihr Weltbild passt. Einzelbeispiele werden verallgemeinert und nüchternen Fakten dagegen weniger Beachtung beigemessen. Erst wenn die Widersprüche zu erdrückend werden, ist die Bereitschaft da, eine andere Meinung anzunehmen. Umso wichtiger ist es, die Aufmerksamkeit auch auf die positiven Entwicklungen der Globalisierung zu lenken.

6. SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK

EIN REFORM-DREIKLANG FÜR MEHR GERECHTIGKEIT UND EINE GLOBALISIERUNGSFESTE BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

Die Ausführungen haben gezeigt, dass die Globalisierung nicht so schlecht ist wie ihr Ruf. Sie haben aber auch gezeigt, dass in einigen Bereichen Bedarf für eine aktive Gestaltung besteht, an der es bislang in weiten Teilen von Politik und Gesellschaft mangelt. Globalisierung wurde lange Zeit als – teils eher lästige – Randerscheinung betrachtet. Das mag nicht zuletzt auch daran liegen, dass der Wähler von der Politik fordert, zunächst die Probleme „vor seiner eigenen Haustür“ zu lösen. Globalisierung scheint zu abstrakt und zu weit weg von dem, was die Menschen unmittelbar berührt. Dass es jedoch trotzdem nicht aussichtslos ist, ein Bewusstsein für globale Herausforderungen zu schaffen, hat zuletzt der Einzug der Klimadebatte in die politische Agenda gezeigt.

Wichtig ist, dass sich die Politik einer ausgewogenen Darstellung der Risiken und Chancen annimmt. Zuweilen wurde zu schnell in den medienwirksamen Tenor mit eingestimmt, der die Globalisierung vorschnell an den Pranger stellt. Andererseits wäre es natürlich naiv, nur die Vorteile zu predigen – und denjenigen, die unmittelbar die Risiken der Globalisierung zu spüren bekommen, vor den Kopf zu stoßen.

Ein stimmiges Konzept ist dringend nötig, damit wir die Risiken der Globalisierung besser abfedern und ihre Chancen so gut wie möglich nutzen können.

EINE GLOBALISIERUNGSFESTE BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK IST MÖGLICH

Die vorangegangene Analyse hat gezeigt, dass hohe Arbeitslosigkeit nicht zwangsläufig auf die Globalisierung zurückzuführen ist. Vielmehr haben es zahlreiche Industrieländer geschafft, die Erwerbstätigenquoten zu steigern und die Arbeitslosigkeit zu senken. Die Beschäftigung ist relativ zur Erwerbsbevölkerung gerade in den nordischen Staaten und der Schweiz am höchsten, also in Ländern, die sehr offen für Handel und Kapitalverkehr sind. Eine globalisierungsfeste Beschäftigungspolitik ist also möglich, wenngleich nicht jeder Ansatz aus dem Ausland bei uns Erfolg versprechen kann. Aber eines wird aus den Erfahrungen anderer Länder deutlich: Nur der entschiedene Gestaltungsanspruch entfaltet positive Wirkung für Verbraucher, Arbeitnehmer und Wirtschaft. Abschottung stellt nicht nur keine Lösung für die bestehenden Probleme dar – zusätzlich nimmt sie uns die Vorteile.

GERECHTIGKEITSDEFIZIT BESEITIGEN

Die Politik steht in der Verantwortung, den Globalisierungsprozess besser zu steuern. Die Balance zwischen den Gewinnern und (vorübergehenden) Verlierern hat tatsächlich zu wenig Beachtung gefunden. Um dieses Missverhältnis zu korrigieren, bedarf es der Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft. Das Verhältnis zwischen Freiheit und Eigenverantwortung einerseits und Fürsorge und Solidarität andererseits gilt es neu auszutarieren.

Die Politik und die Tarifpartner haben sich in den letzten Jahren auf den richtigen Weg gemacht, wie der eindrucksvolle Rückgang der Arbeitslosigkeit zeigt. Sicherlich reichen die vorliegenden Befunde für eine abschließende Bewertung noch nicht aus. Gleichwohl führen verschiedene Studien – anders als zuweilen behauptet (Horn et al. 2007) – die Erfolge auf dem Arbeitsmarkt auch auf die mutigen Arbeitsmarkt-reformen der vergangenen Jahre zurück (Brenke/Zimmermann 2008, Sachverständigenrat 2007, Grömling et al. 2007).

Trotz dieser bemerkenswerten Reformdividende herrschen in der Bevölkerung zweifellos ein gefühltes und wohl auch ein echtes Gerechtigkeitsdefizit. Der Anstieg von Armut und Ungleichheit in den letzten Jahren macht das nur allzu deutlich.

Das alt bewährte Motto Ludwig Erhards „Wohlstand für alle“ gewinnt daher in der heutigen Zeit eine neue Aktualität. Denn es geht darum, die Härten der Wirtschaftskrise der letzten Jahre zu mildern, sowie den Geringverdienern und der breiten Mittelschicht wieder zufrieden stellende Einkommensperspektiven zu bieten. Das heißt, mehr Gerechtigkeit zu schaffen, ohne die Wachstums- und Beschäftigungspotenziale zu beschneiden. Doch die entscheidende Frage ist: Wie? Ein Patentrezept gibt es nicht, sehr wohl aber wichtige Anhaltspunkte, die im Folgenden dargestellt werden.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHER HANDLUNGSBEDARF: EIN REFORM-DREIKLANG

Zur aktiven Gestaltung der Globalisierung muss die Politik auch neue Wege gehen. Ein Dreiklang von mehr Bildung, weniger Abgabenbelastung und mehr Beschäftigung gehört dabei zu den entscheidenden Maßnahmen.

1. Bildungsförderung hat den Charme, dass sie zugleich umverteilend und wachstumsschaffend wirkt, also kaum der übliche Konflikt zwischen Effizienz und Gerechtigkeit entsteht. Sie sollte darauf ausgerichtet sein, Deutschland für den schärferen Wettbewerb aus den aufstrebenden Schwellenländern fit zu machen und gleichzeitig für genügend Fachkräfte sorgen.

Bildungsmaßnahmen müssen sich vor allem an den Bedürfnissen der gering Qualifizierten und sozial Benachteiligten orientieren, damit Menschen, die ihren Arbeitsplatz durch Niedriglohnkonkurrenz oder Rationalisierung verloren haben, eine neue Beschäftigung in zukunftsträchtigeren Branchen finden. Neben der stärkeren Förderung der frühkindlichen Bildung muss der Anteil der Schulabbrecher systematisch reduziert und Investitionen in Bildung durch sogenanntes Bildungssparen¹ gefördert werden.

Manches hat sich seit der PISA-Krise bewegt, doch vieles geht noch zu schleppend voran und scheitert vielfach vor Ort an mangelnder Finanzierung. Die Politiker der Bundesländer stehen hier in der Pflicht, die Bildungslandschaft zu modernisieren und bildungsfördernde Programme möglichst zeitnah in die Tat umzusetzen. Das ist eine Aufgabe von enormer Tragweite für Deutschlands wirtschaftliche und auch politische Zukunft.

2. *Die weitere Abgabentlastung* der unteren und mittleren Einkommensgruppen stellt das zweite Element des Reform-Dreiklangs dar. Es würde die Arbeitsanreize erhöhen, und gleichzeitig die Ausgaben für Transfers senken.

Diese Maßnahme hat darüber hinaus den Charme, die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer zu fördern und die Kostenbelastung des Faktors Arbeit zu senken, was die Schaffung neuer Stellen rentabler macht. Der so genannte Abgabengeil zwischen Nettolöhnen und Arbeitskosten wurde wiederholt als wichtige Ursache für Arbeitslosigkeit diagnostiziert (Nickell et al. 2005, Bassanini/Duval 2006). Seit der Jahrtausendwende hat die Politik mit der Steuerreform 2000, sowie zuletzt mit der deutlichen Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die richtige Richtung eingeschlagen. Diesen Weg gilt es weiterhin fortzusetzen. Eine Abkopplung der Krankenversicherungskosten vom Lohn wäre ebenfalls ein wichtiger Schritt in diese Richtung, den der Sachverständigenrat in seinem Konzept der „Bürgerpauschale“ bereits im Jahr 2004 vorgeschlagen hat (Sachverständigenrat 2004 und 2005).

3. *Mehr Beschäftigung* ist ein wichtiges Mittel, um eine größere Teilhabe am erwirtschafteten Sozialprodukt zu ermöglichen und auf diese Weise Armut und Ungleichheit zu bekämpfen. Denn die lange Zeit hohe und steigende Arbeitslosigkeit hat maßgeblich mit zum Zurückfallen gerade der gering Qualifizierten beigetragen (Goebel/Krause 2007). Zudem ist Beschäftigungswachstum im Vergleich zu Lohnerhöhungen eine stärkere Triebkraft für den privaten Konsum (Lesch 2007).

Grundsätzlich geht es bei der Beschäftigungsförderung darum, die Erwerbstätigen auf die neue Arbeitswelt in der Globalisierung einzustellen und den Firmen Anreize und Freiräume zu geben, um sich den Anforderungen der internationalen Arbeitsteilung zu stellen. Weniger Bürokratie und investitionsfreundliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen sind hier

wichtige Stellschrauben, an denen zuletzt schon etwas in die richtige Richtung gedreht wurde. Zudem muss etwas gegen den so genannten *Mismatch* zwischen Arbeitsnachfrage und Arbeitsangebot unternommen werden. Zu viele Stellen sind frei, die nicht besetzt werden können, weil die Arbeitslosen in einer anderen Region wohnen oder die Qualifikation der Bewerber nicht stimmt (Stichwort Fachkräftemangel). Hierzu können wiederum mehr Investitionen in Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen Abhilfe schaffen.

Vor allem für gering Qualifizierte muss mehr Beschäftigung entstehen. Neue Stellen für die vielen Arbeitslosen dieser Gruppe lassen sich jedoch nicht schaffen, wenn der gerade erst entstandene Niedriglohnssektor durch die Einführung von Mindestlöhnen wieder faktisch geschlossen wird. Niedriglöhne sind unverzichtbar, um mit dem Anpassungsdruck von Globalisierung und Rationalisierung fertig zu werden. Gleichzeitig muss durch staatliche Transfers für die Geringverdiener sichergestellt werden, dass jeder Arbeitnehmer ein Auskommen hat. Nicht alle gering Qualifizierten schaffen es, sich durch Bildung und Umschulung für die moderne Zukunftsgesellschaft fit zu machen. Für diese Personen brauchen wir neue Arbeitsplätze in den lokalen und gerade auch den haushaltsnahen Dienstleistungen. Hierbei bieten sich Kombilohnmodelle an, die einerseits das Mindesteinkommensniveau der Beschäftigten absichern, andererseits den Unternehmen einen Anreiz zur Schaffung neuer Arbeitsplätze geben.

Mit der Duldung geringer Löhne im Niedriglohnssektor und der Aufstockung durch Hartz IV haben wir diesen Weg nun auch eingeschlagen, den zahlreiche andere Länder bereits seit längerem beschreiten. Und tatsächlich haben erstaunlich viele gering Qualifizierte in den letzten Jahren einen Arbeitsplatz gerade im Bereich einfacherer Dienstleistungen gefunden (vgl. Kapitel 4). Mindestlöhne bergen die Gefahr, diese Entwicklung zu konterkarieren und Arbeitsplätze für Geringverdiener zu vernichten (ifo Institut 2008).

Zudem geht es beim Stichwort „mehr Beschäftigung“ darum, die Arbeitsanreize gerade für Menschen mit schlechten Verdienstmöglichkeiten zu erhöhen. Anders als oft in der öffentlichen Debatte dargestellt, hat Hartz IV die finanzielle Absicherung für einen Teil dieser Gruppe sogar noch etwas erhöht (Arntz et al. 2007). Zu häufig lohnt es sich hier, nicht zu arbeiten, weil die staatlichen Transfers ein ähnliches Nettoeinkommen ermöglichen. Die Einforderung einer Gegenleistung von den Transferbe-

ziehen ist daher geboten, einhergehend mit verbesserten Hinzuverdienstmöglichkeiten für eben diese (Sachverständigenrat 2006). Das ist im Übrigen ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit all denjenigen gegenüber, die tagtäglich ihre Arbeit machen und hohe Abgaben in die Sozialkassen einzahlen.

Natürlich unterliegen alle diese Maßnahmen dem Finanzierungsvorbehalt und müssen im Spannungsfeld zur notwendigen Haushaltskonsolidierung betrachtet werden. Trotzdem dürften die Schritte für den Niedriglohnbereich umsetzbar sein, so zeigen z. B. Berechnungen zum Kombilohnmodell, dass dieser langfristig keine Mehrbelastungen für die öffentlichen Haushalte erwarten lässt (Sachverständigenrat 2006). Auch die vorgeschlagenen Bildungsinvestitionen werden aller Voraussicht nach zunehmende Erträge – für Gesellschaft und Politik – in der Zukunft abwerfen.

1| *Analog zur Altersvorsorge würde dabei die Geldanlage für Weiterbildungsmaßnahmen im Beruf oder das Studium der eigenen Kinder steuerlich gefördert.*

7. FAZIT

Unter diese drei Überschriften – mehr Bildung, mehr Beschäftigung und weniger Belastung durch Abgaben – lassen sich Reformen zu einem Paket bündeln, das in seinen Grundzügen mehrheitsfähig sein dürfte. Zudem muss deutlich gemacht werden, dass die bisherigen Reformen durchaus erfolgreich waren und nun bessere Einkommensperspektiven als in der Vergangenheit winken. Ein zentrales Element ist die Kommunikation der Reformen als „sozial ausgewogen“, mit dem Ziel, alle an den Vorteilen und Chancen der Globalisierung teilhaben zu lassen. „Sozial ist, was Arbeit schafft“, muss weiterhin die Devise sein!

Die Politik sollte im Zuge des nahenden Wahlkampfes für die Bundestagswahl 2009 und auch darüber hinaus nicht der Versuchung erliegen, den Sorgen in der Bevölkerung mit reinen Umverteilungsmaßnahmen zu begegnen. Das wäre nicht im Sinne der Menschen, die nicht bloß alimentiert, sondern vielmehr befähigt werden wollen, aus eigener Kraft ihre Existenz sichern zu können.

Vielmehr gilt es nach Maßnahmen zu suchen, die mehr Gerechtigkeit schaffen und zugleich Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum fördern. Der hier aufgezeigte Dreiklang an Reformen stellt einen Denkanstoß in diese Richtung dar.

Darüber hinaus liefert dieses Diskussionspapier eine für die politische Praxis hilfreiche Aufarbeitung der Vor- und Nachteile der Globalisierung. Auf dieser Basis ist eine neue gesellschaftspolitische Debatte notwendig. Nur wenn beides im Blickfeld bleibt – Chancen wie Risiken – können die richtigen Schlüsse gezogen werden, um mehr Wohlstand und Gerechtigkeit für alle zu erreichen.

QUELLENVERZEICHNIS

- *AMCHAM GERMANY, 2007, US-Unternehmen in Deutschland auf Erfolgskurs – Reformen weiterhin notwendig. Pressemitteilung vom 26. September, Frankfurt am Main.*
- *ARNTZ, MELANIE/CLAUSS, MARKUS/KRAUS, MARGIT/SCHNABEL, REINHOLD/SPERMANN, ALEXANDER/WIEMERS, JÜRGEN, 2007, Arbeitsangebotseffekte und Verteilungswirkungen der Hartz-IV-Reform. IAB-Forschungsbericht Nr. 10/2007, Nürnberg.*
- *BASSANINI, ANDREA/DUVAL, ROMAIN, 2006, Employment Patterns in OECD Countries: Reassessing the Role of Policies and Institutions. OECD Social, Employment and Migration Working Paper, No. 35, Paris.*
- *BAT Stiftung für Zukunftsfragen, 2007, Globalisierung: Zwischen Aufbruchstimmung und Angstgefühlen. In: Forschung aktuell, 28 (2007) 201.*
- *BLESES, PETER/GREINER, ULRICH/HEINZE, ANGELA/RITTER, LIANE, 2008, Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit dem Ausland, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wirtschaft und Statistik, 1/2008, Wiesbaden, S. 28-38.*
- *BRENKE, KAI/ZIMMERMANN, KLAUS F., 2008, Reformagenda 2010 – Strukturreformen für Wachstum und Beschäftigung. In: DIW-Wochenbericht, 75 (2008) 11, S. 117-124.*
- *BRODA, CHRISTIAN/WEINSTEIN, DAVID E., 2006, Globalization and the gains from variety. In: The quarterly journal of economics, 121 (2006) 485, S. 541-586.*
- *BUCH, CLAUDIA/SCHNITZER, MONIKA/ARNDT, CHRISTIAN/KESTERNICH, IRIS/MATTES, ANSELM/MUGELE, CHRISTIAN/STROTMANN, HARALD, 2007, Analyse der Beweggründe, der Ursachen und der Auswirkungen des sogenannten Offshoring auf die Arbeitsplätze und die Wirtschaftsstruktur in Deutschland. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Berlin.*

- *BMF (Bundesministerium der Finanzen), 2007, Datensammlung zur Steuerpolitik, Berlin.*
- *BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales), 2008, 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Entwurf. http://www.sozialpolitik-aktuell.de/docs/Dritter_Armuts-_%_Reichtumsbericht.pdf [19. Mai 2008]*
- *CLINE, WILLIAM R., 1997, Trade and Income Distribution. Institute for International Economics, Washington D.C.*
- *DANNINGER, STEPHAN/JOUTZ, FRED, 2007, What Explains Germany's Rebounding Export Market Share. IMF Working Paper WP/07/24, Washington D.C.*
- *DER SPIEGEL, 2008, Überraschende Renaissance, 11. Februar 2008.*
- *DEUTSCHE BUNDESBANK, 2006a, Deutschland im Globalisierungsprozess, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Monatsbericht Dezember, Jahrgang 58 (2006) Nr. 12, Frankfurt/Main, S. 17-35.*
- *DEUTSCHE BUNDESBANK, 2006b, Die deutschen Direktinvestitionsbeziehungen mit dem Ausland: neuere Entwicklungstendenzen und makroökonomische Auswirkungen, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Monatsbericht September, Jahrgang 58 (2006) Nr. 9, Frankfurt/Main, S. 45-61.*
- *DEUTSCHE BUNDESBANK, 2008, Bestandserhebung über Direktinvestitionen, Statistische Sonderveröffentlichung, Frankfurt/Main.*
- *DIHK, 2007, Investitionen im Ausland: Ergebnisse einer DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Frühjahr 2006, Berlin.*
- *EEAG (European Economic Advisory Group) at CESifo, 2008, Europe in a Globalised World. The EEAG Report on the European Economy 2008, Kapitel 3, München.*
- *EUROPEAN COMMISSION, 2002, Germany's growth performance in the 1990's. European Economy, Economic Papers, No. 170, Brüssel.*

- *EUROPEAN FOUNDATION FOR THE IMPROVEMENT OF LIVING AND WORKING CONDITIONS, 2007, ERM Report 2007, Restructuring and Employment in the EU: The impact of Globalisation.*
- *EZB (Europäische Zentralbank), 2008, Monatsbericht Mai, Frankfurt/ Main.*
- *GOEBEL, JAN/KRAUSE, PETER, 2007, Gestiegene Einkommensungleichheit in Deutschland. In: Wirtschaftsdienst 2007, Nr. 12, S. 824-832.*
- *GRÖMLING, MICHAEL, 2005, Fiskalpolitik kontrovers – Konjunkturpolitische Optionen für Deutschland. IW Positionen Nr. 18, Köln.*
- *GRÖMLING, MICHAEL/LICHTBLAU, KARL/WEBER, ALEXANDER, 1998, Industrie und Dienstleistungen im Zeitalter der Globalisierung, Köln.*
- *GRÖMLING, MICHAEL/PLÜNNECKE, AXEL/SCHARNAGEL, BENJAMIN, 2007, Was trägt die Politik in Deutschland zum Aufschwung bei?. In: IW-Trends, 34 (2007) 3, S. 43-57.*
- *HEILMANN, DIRK, 2007, Internationale Konzern entdecken Deutschland neu. In: Handelsblatt, 8. Oktober 2007, S. 22.*
- *HEINEMANN, FRIEDRICH, 2007, Irrationale Reformwiderstände. In: Wirtschaftsdienst 2007, Nr. 9, S. 563-567.*
- *HORN, GUSTAV/LOGEAY, CAMILLE/STAPFF, DIEGO, 2007, Viel Lärm um nichts? – Arbeitsmarktreformen zeigen im Aufschwung bisher kaum Wirkung. IMK Report, Nr. 20, Düsseldorf.*
- *HUFBAUER, GARY C./GRIECO, PAUL L.E., 2005, The Payoff from Globalization. In: Financial Times, 5. Juni (Op-eds.).*
- *IAQ (Institut für Arbeit und Qualifikation), 2005, Beschäftigungsperspektiven von gering Qualifizierten. IAQ-Report 2005-10, Essen.*
- *IAQ (Institut für Arbeit und Qualifikation), 2008: Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung: IAQ Report 2008-01, Essen.*

- IFO INSTITUT, 2008, *Schutz vor Niedriglöhnen oder Arbeitsplatzvernichter: Für und wider die Festsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns*. Ifo Schnelldienst Nr. 6/2008 München.
- INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH, 2006, *Globalisierung*, Allensbacher Berichte Nr. 11, Allensbach am Bodensee.
- IW 2008, *Industriewaren stehen hoch im Kurs*. In: *Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln*, 34 (2008), S. 4-5.
- IWF, 2007a, *World Economic Outlook*, April, Washington D.C.
- IWF, 2007b, *World Economic Outlook*, October, Washington D.C.
- JAUMOTTE, FLORENCE/TYTELL, IRINA, 2007, *How has the Globalization of Labor Affected the Labor Income Share in Advanced Countries?*. IMF Working Paper, WP/07/298, Washington D.C.
- KLODT, HENNING/CHRISTENSEN, BJÖRN, 2007, *Home market effects of foreign direct investment: the case of Germany*. In: *Außenwirtschaft*, 62. Jg., Nr. 1, S. 63-75.
- LESCH, HAGEN, 2007, *Lohnpolitik, Beschäftigung und Konsum*. In: *IW-Trends*, 34 (2007) 1, S. 31-45.
- MATTHES, JÜRGEN, 2007, *Weltkrieg um Wohlstand und pathologischer Exportboom? – Warum Deutschland auch weiterhin von der Globalisierung profitiert*. IW-Analysen, Nr. 28, Köln.
- MATTHES, JÜRGEN, 2008, *Globalisierung: Ursache zunehmender Lohnungleichheit?*. In: *Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Die Zukunft der Arbeit in Deutschland – Megatrends, Reformbedarf und Handlungsoptionen*, IW-Studien, Köln.
- NICKELL, STEPHEN/NUNZIATA, LUCA/OCHEL, WOLFGANG, 2005, *Unemployment in the OECD since the 1960s: What do we know?*. In: *The Economic Journal*, Vol. 115, No. 500, S. 1-27.
- PAIN, NIGEL/KOSKE, ISABEL/SOLLIE, MARTE, 2006, *Globalisation and Inflation in the OECD Economies*. OECD Economics Department Working Papers No. 524, Paris.

- OECD, 2006, *OECD Employment Outlook: Boosting Jobs and Income*, Paris.
- SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG, 2004, *Jahresgutachten 2004/05 – Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland*, Wiesbaden.
- SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG, 2005, *Jahresgutachten 2005/06 – Die Chancen nutzen – Reformen mutig voranbringen*, Wiesbaden.
- SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG, 2006, *Arbeitslosengeld II reformieren: Ein zielgerichtetes Kombilohnmodell. Expertise im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie*, Wiesbaden.
- SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG, 2007, *Jahresgutachten 2007/08 – Das Erreichte nicht verspielen*, Wiesbaden.
- SAMUELSON, PAUL A., 2004, *Where Ricardo and Mill Rebut and Confirm Arguments of Mainstream Economists Supporting Globalization*. In: *Journal of Economic Perspectives*, 18 (2004) 3, S. 135-146.
- SCHETTKAT, RONALD, 2007, *Sind 3 Euro schon zuviel? Aufklärendes zu Lohnspreizung und Beschäftigung*. In: *WSI-Mitteilungen*, Nr. 6.
- SCHOENHOLTZ, KIM, 2007, *The Globalization Debate*. Citi, *Global Economic & Market Analysis, Special Report*, July 25, New York.
- WTO/ILO – World Trade Organisation/International Labour Organisation, 2007, *Trade and Employment: Challenges for Policy Research*, Genf.

DIE AUTOREN

Jürgen Matthes

*Referatsleiter Internationale Wirtschaftspolitik,
Institut der deutschen Wirtschaft Köln*

Christina Langhorst

*Koordinatorin Internationale Wirtschaftspolitik,
Hauptabteilung Politik und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin*

Dr. Bodo Herzog

*Leiter Team Wirtschaftspolitik,
Hauptabteilung Politik und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin*

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Dr. Bodo Herzog

*Leiter Team Wirtschaftspolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin*

Tel.: +49-(0)30-2 69 96-35 16

E-Mail: bodo.herzog@kas.de

Christina Langhorst

*Koordinatorin Internationale Wirtschaftspolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin*

Tel.: +49-(0)30-2 69 96-35 17

E-Mail: christina.langhorst@kas.de

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

http://www.kas.de/publikationen/zukunftsforum_politik.html

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

gern schicken wir Ihnen unsere Veröffentlichungen auch zu. Bitte bestellen Sie mit dem umseitigen Vordruck.

Bis zu drei Exemplaren geben wir kostenlos ab. Ab vier Exemplaren berechnen wir eine Schutzgebühr (Bearbeitungs- und Versandkosten) von € 3,00 je Heft. Bei größeren Bestellungen ab 30 Exemplaren gewähren wir einen Rabatt, so dass jedes Heft dann € 2,00 kostet.

Bitte schicken Sie zusammen mit Ihrer Bestellung einen entsprechenden Verrechnungsscheck, Briefmarken oder Geld, erst dann können wir Sie beliefern.

Alle Studien – die aktuellen und vergriffenen – können Sie im Internet herunterladen.

Wenn Sie Fragen zu den Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung haben, erreichen Sie uns per E-Mail: publikationen@kas.de

Wir wünschen eine interessante Lektüre.

Ihr Publikationen-Team

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BESTELLUNG

Kurztitel	Heftnummer	Preis

* Bitte beachten Sie die umseitigen Lieferbedingungen.

Absender

Vor- und Zuname

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Datum / Unterschrift

Bitte bestellen Sie hier:
Konrad-Adenauer-Stiftung
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin

Fax: 0 22 41 / 2 46-2479
E-Mail: robert.bischoff@kas.de

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 50 | Föderalismusreform: Föderalismus in Europa I
- 51 | Föderalismusreform: Föderalismus in Europa II
- 52 | Wie wird die Globalisierung heute beurteilt? – Ein Beitrag zu einer „rationaleren“ Diskussion
- 53 | Deutsche Außenpolitik im 21. Jahrhundert. Arbeitskreis Junger Außenpolitiker (*vergriffen*)
- 54 | Globalisierungsdebatte II: Positionen und Gegenpositionen
- 55 | Afrika realistisch darstellen: Diskussionen und Alternativen zur gängigen Praxis. Schwerpunkt Schulbücher (*vergriffen*)
- 56 | Von TIMSS zu IGLU – Eine Nation wird vermessen (*vergriffen*)
- 57 | Ideen für Berlin: Eine Synopse strategischer Entwicklungsvorschläge
- 58 | Jedes Kind zählt – Neue Wege der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung
- 59 | Christ sein in der Politik. Hermann Ehlers heute – anlässlich seines 100. Geburtstags
- 60 | Zur Krise und Reform der Universität
- 61 | Föderalismusreform – Vor der Reform ist nach der Reform? Eine erste Bilanz der Arbeit der Bundesstaatskommission
- 62 | Was die Gesellschaft zusammenhält. Plädoyer für einen modernen Patriotismus
- 63 | Aufbau oder Abriss Ost? Konzeptionelle Überlegungen zur nachhaltigen Stadtentwicklung in den neuen Ländern

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 64 | Föderalismus in Europa III
- 65 | Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland.
Auf dem Weg zur „Volksfront“?
- 66 | Sozialer Bundesstaat
- 67 | Ein Jahr nach der EU-Osterweiterung: Erste Erfahrungen, Probleme,
Aussichten
- 68 | Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung strukturschwacher
Regionen in Ostdeutschland
- 69 | Der deutsche Föderalismus im Reformprozess
- 70 | Wie lange dürfen wir arbeiten? Gesetzliche Altersgrenzen als
Verfassungsproblem
- 71 | Deutsch-russische „Strategische Partnerschaft“: Eine kurzfristige
Strategie oder Handeln im Interesse Europas?
- 73 | Der „Bachelor“ – Anregungen zur aktuellen Studienreformdebatte
- 74 | Familienfreundliche Personalpolitik
- 75 | Auf dem Weg zu einem patientenfreundlichen Gesundheitssystem.
Liberalisierung des Pharmamarktes. Eine Ordnungsökonomische
Analyse und Implikation für den deutschen Pharmamarkt.
- 76 | Bessere Medizin zu bezahlbaren Preisen. Mehr Qualität und Effizienz
durch Wettbewerb. Plädoyer für die Stärkung des Bürgers im Ge-
sundheitswesen
Englische Ausgabe: Better Health Care at Affordable Prices
Higher Quality and Greater Efficiency through Competition.
Arguments for Strengthening the Citizen's Position in the Health
System

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

BROSCHÜRENREIHE ZU AKTUELLEN POLITISCHEN THEMEN

- 78 | Perspektiven der Innovationspolitik für die neuen Länder
- 79 | Sterbehilfe und selbstbestimmtes Sterben –
Zur Diskussion in Mittel- und Westeuropa, den USA und Australien
Englische Ausgabe: Euthanasia and self-determination in dying –
A review of the debate in central and western Europe, the United
States and Australia
- 80 | Dem Sterben einen Sinn geben
- 81 | Gesundheitskompetenz ausbauen
- 82 | Sozialer Bundesstaat – ein Spannungsfeld
- 83 | Stammzellforschung als politische Herausforderung
- 84 | Die Mitglieder der CDU – eine Umfrage der
Konrad-Adenauer-Stiftung
- 85 | Ethische Bewertungen der Stammzellforschung
- 86 | Probleme der Föderalismusreform in Deutschland – Der gegen-
wärtige Stand der Reformen und der Auftrag der Föderalismus-
kommission II
- 87 | Das Rechtsextreme Bündnis: Aktionsformen und Inhalte
- 88 | Die UNO-Leitlinien zur Dezentralisierung und Stärkung der
Kommunen | UN Guidelines on decentralization and the
strengthening of local authorities
- 89 | Deutschland in der Globalisierung – Auswirkungen und Handlungs-
ansätze für eine bessere Balance zwischen Gewinnern und Verlierern